

Leben heißt handeln

3.50 € · ISSN 1437-7543 · Nr. 156/1.2023

ROBIN WOOD

magazin



Soziales Klima

Verkehrswende:
Barcelonas
Superblocks

Baum des
Jahres 2023:
Die Moor-Birke

Energie:
Auf dem Weg
ins Solarzeitalter





Frühlingsgefühle mit der Moor-Birke! Bitte unterstützen Sie unsere wichtige Umweltarbeit auch 2023 mit Ihrer großzügigen Spende. Herzlichen Dank!

Foto: Ludwig Kamen



Foto: ROBIN WOOD

35.000 Menschen forderten am 14. Januar im rheinischen Kohlrevier: Lützi muss bleiben!

Liebe Leserinnen und Leser!

Mehr als 35.000 Menschen demonstrierten am 14. Januar in **Lützerath** gegen den Wahnsinn das Dorf abzureißen und die Kohle darunter abzubaggern. Aktivist*innen hielten Lützerath mehr als zwei Jahre besetzt, um das Dorf zu retten und das Klima zu schützen. Trotz all dieser Proteste hielt die schwarz-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen an ihren Plänen fest: Lützerath ist plattgemacht und RWE kann sich an der Kohle bedienen und weiter viel Geld damit verdienen. Ein klimapolitischer Irrsinn!

Wenn wir das überlebenswichtige Klimaziel erreichen wollen, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, **muss die Kohle unter Lützerath im Boden bleiben!** Wir müssen Energie sparen und wir müssen die Erneuerbaren ausbauen. Und vor allem muss eine Wende im Verkehrsbereich her: Unsere Mobilität muss weg vom autozentrierten Straßenverkehr auf die Schiene und in den öffentlichen Nahverkehr. Die FDP steht hier weiter total im Weg und hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die Klimaziele im Verkehrsbereich werden vom FDP-Minister komplett gerissen. Nichtsdestotrotz setzt die FDP weiter auf den Ausbau von Straßen und lehnt ein Tempolimit ab. Unbegreiflich! Die Wähler*innen im Land haben dieses **Totalversagen der FDP** begriffen. Die Umfragewerte der Partei sind im Sinkflug.

Dabei ist klar, **dass Klimaschutz und soziales Engagement zusammengehören.** Ein Drittel der Menschen in Deutschland wissen nicht, wie sie in diesem Winter ihre Energie-

rechnungen bezahlen sollen. Ein paar wenige Reiche und einige Konzerne, z.B. im Nahrungsmittel- oder Energiesektor, profitieren hingegen deutlich von der Krisensituation. Den Reichen nehmen und den Armen geben – an dieser Idee möchte ROBIN WOOD sich ein Vorbild nehmen und soziale Gerechtigkeit mit konsequentem Umweltschutz verbinden. Gemeinsam werden wir in der Energie- und Preiskrise mit unsere Kampagne aktiv: **für ein solidarisches Klima!** Lesen Sie mehr dazu ab Seite 12 dieses Magazins.

Die **Moor-Birke** wurde zum Baum des Jahres 2023 gekürt. Die Wahl fiel auf sie, weil einer ihrer Lebensräume, das Moor, unmittelbar bedroht ist. Werden Moore trockengelegt, setzen sie Treibhausgase frei und verschärfen so die Klimakrise. Über 90 Prozent der ursprünglichen Moorflächen in Deutschland wurden in den letzten Jahrzehnten entwässert, um vor allem landwirtschaftliche Flächen zu gewinnen. 40 Prozent aller Treibhausgase der bundesdeutschen Landwirtschaft stammen aus entwässerten Moore. Und 70 Prozent aller Moorpflanzen stehen vor dem Aussterben. Hier muss dringend gegengesteuert werden, vor allem über Wiedervernässen der Moore! Ab Seite 16 erfahren Sie viel Wissenswertes über die Moor-Birke und können den Baum auf wunderschönen Bildern in ihren Lebensräumen erleben.

Bleiben Sie aktiv und alles Gute wünscht Ihnen für die Magazin-Redaktion
Ihre Christiane Weitzel



Seite 7

tatorte 

- 6 Lützi lebt! Die Kohle muss im Boden bleiben
- 7 Stuttgart: Tax The Rich! Für ein solidarisches Klima
- 8 Berlin: Energiewende statt Atomkraft
- 9 Berlin: Kein Wald ins Kraftwerk!
- 10 Berlin: Jetset-Leben über dem Limit
- 11 Ein riesiger Erfolg für Faultier und Co!

 perspektiven

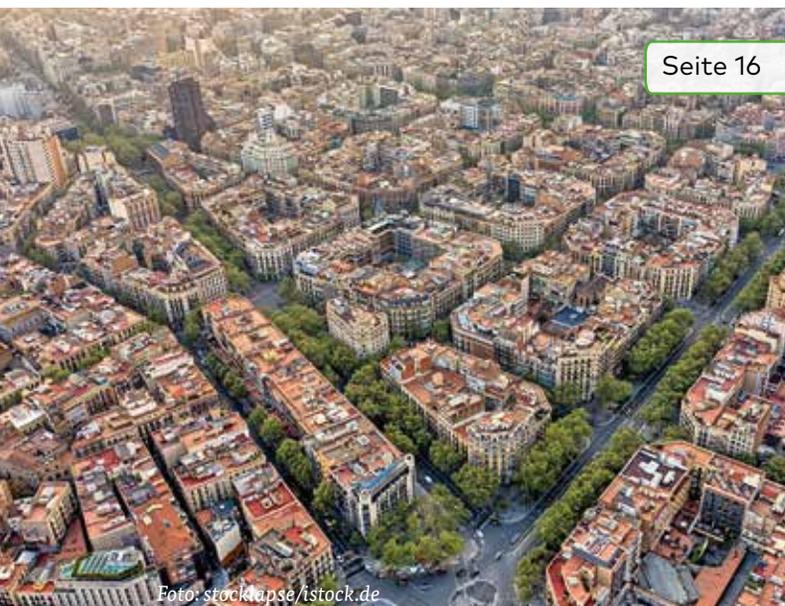
- Für ein solidarisches Klima! 12
- Energiekrise – wie weiter? 14
- Deutschlandticket: ein Sommermärchen? 15

Seite 12



Grafik: iStock/azatvaleev

Seite 16



verkehr 

- 16 Leben in die Straßen bringen: Barcelonas Superblock und die Verkehrswende



Foto: Petra Kalusche

Seite 20

wald 

20 Die Moor-Birke ist Baum des Jahres 2023

 tropenwald

Die Konferenz der Tiere und der Pflanzen: CITES-Konferenz in Panama 28

Planetare Grenzen an den Beispielen Papier, Soja und Palmöl 32



Fotos: Tony Cunningham

Seite 28



Seite 36

energie 

36 Auf dem Weg ins Solarzeitalter

internes 

38 Spenden statt Geschenke

38 Impressum

35 Freikarten zu gewinnen! Die Eiche – Mein Zuhause

Foto: iStock/ArtistGNDphotography



Foto: Alle Dörfer Bleiben! Tim Wagner

Lützi lebt! Die Kohle muss im Boden bleiben

Lützerath, Januar 2023: Während der Ort Lützerath geräumt wurde, versammelten sich am 14. Januar 2023 über 35.000 Menschen zum Großprotest. Unter dem Motto „Lützi bleibt“ forderten die Aktivist*innen einen sofortigen Kohleausstieg und eine echte Energiewende. Am Tag der Demonstration waren bereits viele Teile von Lützerath geräumt und Infrastrukturen zerstört worden.

Der bunte Demozug setzte sich in Bewegung, hin zur Bühne, wo Menschen betonten, wie dringend zum Schutz des Klimas gehandelt werden müsse. Sie brachten ihren Frust und ihre Enttäuschung über die Regierung zum Ausdruck und kritisierten deutlich, dass hier die Interessen eines Privatunternehmens über die Klimaziele gestellt würden. „Lützi bleibt!“, hallte es über die Felder in Richtung Tagebau. Zur gleichen Zeit liefen tausende Menschen über das Tagebauvorfeld Richtung Lützerath.

Die Demonstrierenden, darunter viele Familien, Kinder und Jugendliche, standen gemeinsam an der Kante des Tagebaus Garzweiler 2 und sahen auf den riesigen Abgrund menschlicher Zerstörung. Unter ihnen die Kohle, für die Lützerath weichen soll. Wie absurd, angesichts der Dringlichkeit die 1,5 Grad-Grenze nicht zu überschreiten.

In der Ferne war das Kohlekraftwerk zu sehen und im Tagebau der riesige Kohlebagger, der wegen der Demonstration stillstand. Mit der Zeit versammelten sich tausende Menschen rund um Lützerath. Sie zeigten Präsenz und ihre Solidarität mit den Aktivist*innen, die den Ort seit zwei Jahren besetzt hielten, um ihn vor der Zerstörung zu schützen.

Die Polizei hatte mit einem Großaufgebot das komplette Dorf Lützerath mit Autos und Doppelzäunen abgeriegelt und so jedes Durchkommen verhindert. Leider kam es bei der Räumung und auch bei der Demonstration zu Polizeigewalt. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Reizgase ein, Demonstrant*innen wurden gewaltsam Schmerzgriffen und Schlagstöcken ausgesetzt. Auch auf Menschen, die friedlich mit erhobenen Händen vor einer Kette von Polizist*innen standen, wurde brutal eingeschlagen.

In den Tagen nach der Großdemonstration kam es zu weiteren Protestaktionen rund um den Tagebau: von Demonstrationen bis hin zu Aktionen zivilen Ungehorsams. Tag für Tag wurde Lützerath durch den Abriss kleiner. Die ersten Häuser verschwanden, dann die Baumhäuser und am Ende die Bäume. Nur noch Ruinen wurden von den Baustrahlern in der Ferne beleuchtet.

Währenddessen gab es immer wieder Neuigkeiten von den Menschen aus Lützerath, die noch aktiv waren, um die Zerstörung des Dorfes so lange wie möglich hinauszuzögern. Zum Schluss kam die Nachricht, dass die letzten beiden Besetzer*innen freiwillig den Tunnel, der unter einer Straße im Ort verlief, am 16. Januar verlassen hatten.

RWE will Lützerath jetzt abbaggern. Noch ist die Kohle im Boden, wo sie auch bleiben muss! Wir haben gemeinsam protestiert und uns der Klimakrise entgegengestellt. Wir haben gezeigt, dass wir viele sind! Lützi ist überall. Lützi lebt!

Natalie Preuss, ROBIN WOOD-FÖJ

„Tax The Rich!“ – Für ein solidarischeres Klima statt FDP-Klientelpolitik

Stuttgart, 6. Januar 2023: Vor dem Stuttgarter Opernhaus protestierten Aktive von ROBIN WOOD mit einem Banner „Keine Bühne für Klimaschutz-Blockierer!“. Dort veranstaltete die FDP ihr traditionelles Dreikönigstreffen. Weitere Aktivist*innen forderten auf großen silbernen Würfeln „Tax The Rich!“ („Die Reichen besteuern!“), in Sichtweite des Stuttgarter Opernhauses. Die Aktion richtete sich gegen den Totalausfall der FDP beim Klimaschutz und gegen deren Klientelpolitik für Reiche.

Die FDP kritisiert andere als Verbotsparteien und wettet gegen Klima-Aktivist*innen, die Straßen und Rollfelder blockieren. Dabei blockiert die FDP selbst jeden noch so kleinen Vorstoß für mehr soziale Gerechtigkeit und für Klimaschutz. Vom Widerstand gegen das Neun-Euro-Ticket bis zur Anti-Haltung gegen die Einführung einer Vermögenssteuer – die Scheinheiligkeit dieser Blockade-Partei ist nicht zu toppen. Nicht einmal eine so einfache wie wirksame Klimaschutz-Sofortmaßnahme wie ein Tempolimit, das eine Mehrheit der Bevölkerung befürwortet, ist mit der FDP zu machen.

Rund 14 Millionen Armutsbetroffene wissen nicht mehr, wie sie die Kosten für Energie bezahlen sollen. Nur etwa jede*r Dritte von ihnen bezieht überhaupt das neue Bürgergeld und bekommt damit die Heizkosten in „angemessener Höhe“ erstattet. Die darin vorgesehene Strompauschale über 40,74 Euro deckt angesichts der Preisexplosion in kaum einem Haushalt die tatsächlichen Stromkosten. Die FDP setzt sich unterdessen dafür ein, dass Milliarden öffentlicher Gelder in klimaschädliche Subventionen fließen, etwa für Öl, Gas und Kohle sowie in den Auto- und Flugverkehr.

Von den Subventionen für die Automobil- und die Flugindustrie profitieren reiche Menschen deutlich stärker.



Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

Zugleich stoßen die reichsten zehn Prozent der Deutschen durch Autofahrten und Flugreisen mehr Emissionen aus als die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Das verschweigt FDP-Parteichef Christian Lindner und unterstellt noch dazu den Menschen, die sich für das Neun-Euro-Ticket im öffentlichen Nahverkehr einsetzen, eine Gratismentalität. Das FDP-geführte Bundesverkehrsministerium weigert sich seit Monaten, ein Klimaschutzprogramm vorzulegen. Das ist gesetzlich vorgeschrieben und dringend nötig, da – anders als in anderen Bereichen – im Verkehrssektor seit 1990 keinerlei Fortschritte bei der Emissionsminderung erzielt wurden.

Die Proteste bei der FDP bildeten den Auftakt der Kampagne „Solidarisches Klima“ von ROBIN WOOD. Aktivist*innen setzen sich mit der Kampagne dafür ein, dass Reiche und Konzerne, die die Klimakrise maßgeblich mitverursacht und davon auch am meisten profitiert haben, stärker zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Keine Waldzerstörung für Kies

Langen, 13. Januar 2023: Im Stadtwald von Langen im Rhein-Main-Gebiet hat die Rodung von rund sechs Hektar Mischwald für die Erweiterung der Kiesgrube des Unternehmens Sehring begonnen. ROBIN WOOD Rhein-Main protestierte gegen die erneute Waldvernichtung, die angesichts von Klimakrise und Artensterben nicht mehr ins Jahr 2023 passt. Auf ihren Bannern verfremdeten die Aktiven von ROBIN WOOD das Stadtwappen von Langen: Den Eichenzweig im Wappen ergänzten sie durch eine Motorsäge. Der Langener Magistrat unterstützt den Kiesabbau und verweist auf die Folgekosten der Klimaerwärmung durch den Waldverlust um ein Vielfaches höher sein als diese Steuereinnahmen.

Peter Illert, ROBIN WOOD-Rhein-Main



Foto: ROBIN WOOD/Peter Illert



Berlin, 21.1.23: Keine Megaställe und gutes Essen für alle forderten rund 10.000 Menschen bei der „Wir haben es satt!“-Demo. ROBIN WOOD Berlin war mit einem Infostand dabei.



Köln, 3.12.22: Beim Winterprogramm am Ebertplatz präsentierte die Kölner ROBIN WOOD-Regionalgruppe in einer „Veedelshütte“ ihr Engagement u. a. zum Thema Verkehrswendekonzert in Köln.

Konsequente Energiewende statt Atomkraft

Berlin, 17. Oktober 2022: ROBIN WOOD-Aktivist*innen bauten vor dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ein rund drei Meter hohes Modell eines AKW samt Kühlturm auf, aus dessen Rissen grüner Rauch drang. Darüber spannten Kletter*innen zwischen zwei Bäumen ein Banner



Foto: ROBIN WOOD/Dagmar Jordan

Protest gegen den Weiterbetrieb der AKW: hier vor dem Wirtschaftsministerium in Berlin am 17.10.22 ...

mit der Aufschrift „Fukushima mahnt: AKW abschalten sofort“. Sie protestierten damit gegen die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, die Atomkraftwerke Neckarwestheim-2 und Isar-2 als „Einsatzreserve“ über den Jahreswechsel hinaus am Netz zu halten. Sie fordern von Minister Habeck sicherzustellen, dass alle drei noch laufenden Atommeiler wie beschlossen abgeschaltet werden und keinen Tag länger am Netz bleiben.

Vor dem Hintergrund des Kriegs gegen die Ukraine und der ausbleibenden Gaslieferungen aus Russland versuchte Habeck der Öffentlichkeit weiszumachen, dass ohne Atomkraft die Stabilität des Stromnetzes im Winter gefährdet sei. Doch selbst der von der Bundesregierung in Auftrag gegebene „Stresstest“ rechtfertigt dies nicht. Engpässe im Stromnetz entstehen allenfalls beim Verteilen des Stroms und das auch nur, wenn an windreichen Tagen billiger Windstrom von der Nordsee in großen Mengen im Süden Europas geordert wird. Um diese Order zu bedienen, springen dann Energieerzeuger im Süden Deutschlands ein. Dieser Mechanismus ließe sich unterbinden, indem die Mengen des exportierten Stroms an die Leitungskapazitäten gekoppelt würden.



Foto: ROBIN WOOD/Eberhard Litzsch

... und hier bei der Blockade des AKW Neckarwestheim am 26.11.22

Ein Weiterbetrieb von Atommeilern trägt nichts zur Lösung von Problemen durch die Energiekrise bei, sondern schafft neue: durch den gefährlichen Betrieb der AKW und durch weiteren hochradioaktiven Müll. Atomkraft ist brandgefährlich – in Kriegszeiten ganz besonders. Dies zeigen die Kämpfe am AKW Saporischschja, die Millionen Menschen mit den Folgen eines GAUs bedrohen. Die Sabotagegefahr ist hierzulande signifikant gestiegen.

Auch der hiesige AKW-Normalbetrieb ist hoch riskant. Die Meiler Isar-2 und Neckarwestheim-2 weisen erhebliche Alterungsmängel auf. Gesetzliche vorgeschriebene Sicherheitsüberprüfungen wurden mit Blick auf die anstehende Abschaltung hinausgeschoben – und dies trotz bekannter Risse in sicherheitsrelevanten Rohrleitungen.

Kein Wald ins Kraftwerk!

Berlin, 21.10.2022: Am internationalen Aktionstag gegen das Verfeuern von Biomasse protestierten Aktivist*innen von ROBIN WOOD, Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und Biofuelwatch vor dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in Berlin. Mit einem sechs Meter hohen, aufblasbaren Baum – statt einer Krone mit einem Schlot ausgestattet – platzierten die Aktiven die deutliche Botschaft: „Kein Wald ins Kraftwerk, Wälder wachsen lassen!“

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck forderten sie in einem offenen Brief dazu auf, sich auf EU-Ebene entschlossen für ein Ende jeglicher finanzieller Anreize zur Holzverbrennung einzusetzen. Den Brief an Habeck nahm der Parlamentarische Staatssekretär Stefan Wenzel entgegen.

Die Revision der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) ist aktuell in der Phase der Trilog-Verhandlungen, in denen die Europäische Kommission, der Europäische Rat und das Europäische Parlament sich auf eine gemeinsame Position einigen müssen.

Zuvor hatte das EU-Parlament im September 2022 dafür gestimmt, die Verbrennung von Primärholz nicht länger zu subventionieren. Außerdem sollen die Länder Primärholz nur noch bis zu ihrem durchschnittlichen Anteil im Energiemix der Jahre 2017 bis 2022 als erneuerbar auf ihre Ausbauziele anrechnen dürfen.

Die aktuelle Definition von Primärholz eröffnet allerdings eine Reihe von Schlupflöchern, so dass riesige Waldflächen weiterhin zur Energiegewinnung abgeholzt werden könnten. Nicht als Primärholz gilt demnach etwa Schadholz oder Holz aus Wäldern, das zur Feuerprävention geschlagen wurde. Weiterhin erlaubt wäre zudem, die Verbrennung von Sekundärholz zu fördern, also zum Beispiel von Pellets aus Sägeresten.

Der „Internationale Aktionstag gegen das industrielle Verfeuern von Biomasse“ (International Day of Action on Big Biomass) wird seit einigen Jahren von der internationalen Bewegung



Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

begangen. In diesem Jahr beteiligten sich mehr als 190 NGOs auf allen Kontinenten dieser Erde, um auf das globale Problem aufmerksam zu machen. Bereits vor der Abstimmung im EU-Parlament wurde in mehreren EU-Ländern wie Deutschland und den Niederlanden gegen die Umrüstung von Kraftwerken auf die Verbrennung von Holzbiomasse protestiert. Mehrere Petitionen zum Thema gewannen hunderttausende Unterzeichner*innen.

Schnell noch bewerben: Mach dein freiwilliges ökologisches Jahr bei ROBIN WOOD!

Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 27 Jahren können nach ihrer Ausbildung oder Schulzeit ein Jahr lang einen Freiwilligendienst auch im ökologischen Bereich absolvieren. Bei ROBIN WOOD bieten wir neuerdings zwei Plätze dafür an, vom 1.8.2023 bis 31.8.2024. Die Bewerbung dafür ist ab der 3. Februarwoche möglich über www.hamburg.de/foej. Die Bewerbungsgespräche laufen in der 1. Märzwoche. Für weitere Fragen ruf gerne unsere aktuelle FÖJler*in Natalie an oder maile ihr: foej@robinwood.de, Tel.: 040 38089220

Aktiv werden? – ROBIN WOOD im Überblick

Darum geht's: Mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen mischt sich ROBIN WOOD öffentlichkeitswirksam in politische Debatten ein und streitet für eine umweltverträgliche und sozial gerechte Gesellschaft. Die Kampagnen-Schwerpunkte von ROBIN WOOD liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Energie und Mobilität.

Bundesweit organisieren sich ROBIN WOOD-Aktive in Regionalgruppen, siehe auch robinwood.de/Regionalgruppen. Dort, wo es keine Gruppen gibt, sind Neugründungen möglich. Die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg unterstützt die lokalen Gruppen bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktions-

vorbereitung und Pressearbeit und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch. Die themenspezifische Arbeit erfolgt überregional in Fachgruppen, unterstützt durch hauptamtliche Kräfte. Ziele, Inhalte und Forderungen der Aktivitäten im Fachgebiet werden dort diskutiert und im Konsens beschlossen.

Weitere Informationen über ROBIN WOOD finden Sie online unter www.robinwood.de. Kontakt: ROBIN WOOD-Bundesgeschäftsstelle, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg, 040 3808920, info@robinwood.de

Jetset-Leben über dem Limit



Protest am Privatjet-Terminal Berlin-Schönefeld

Laut Oxfam verursacht das reichste Prozent der Menschen mit seinem Lebensstil schon bald 30-mal mehr Treibhausgas-Emissionen als zur Einhaltung der 1,5°C Grenze pro Kopf verträglich wären. Einer der Hauptfaktoren für diese Luxusemissionen: Vielfliegen. Und bei einigen Superreichen: Vielfliegen per Privatjet.

Am 10. November 2023 begleitete ROBIN WOOD eine Aktion von Scientist Rebellion, die klar machte: Die Welt kann sich angesichts ihrer drohenden Zerstörung die Reichen nicht mehr leisten. Rund 15 Wissenschaftler*innen störten dabei mit einer Sitzblockade den Zugang zum Privatjet-Terminal in Berlin Schönefeld und forderten ein sofortiges Verbot von Privatjets. Wenige Tage zuvor waren bereits hunderte Aktivist*innen auf das Flughafengelände am Amsterdamer Schiphol Flughafen gelangt, um mit Fahrrädern und den eigenen Körpern Privatjets am Abheben zu hindern.

Wer eine eigene Cessna oder einen noch extravaganteren Gulfstream Jet besitzt, verfügt laut der Organisation Transport & Environment im Durchschnitt über ein Vermögen

von rund 1,3 Mrd. Euro. Auch wer ein Flugzeug privat chartert, muss dafür pro Flug zehntausende Euro hinblättern. Eine kleine Minderheit von Superreichen stößt bequem im Privatjet sitzend innerhalb weniger Minuten so viel Treibhausgase aus, wie die meisten anderen Menschen in mehreren Monaten. Gerade jetzt in der Energiekrise, bei der die Regierung zum Energie sparen aufruft, sind vermeidbare Flüge, bei denen Unmengen an Treibstoff und Treibhausgasen ausgestoßen werden, nicht länger hinnehmbar. Besonders tragisch: Private Flüge profitieren sogar besonders von den vielen Subventionen und Steuerprivilegien, die dem Luftverkehr zugesprochen werden. Sie sind aktuell vom EU-Emissionshandel und von der deutschen Luftverkehrabgabe ausgenommen, ebenso wenig fällt eine Kerosinsteuer an.

Damit wird klar: Die Ungerechtigkeit des Fliegens gipfelt in Privatjets. Aber dennoch: Wenn es um die horrenden Emissionen des Flugverkehrs geht, sind die Emissionen durch Privatjets nicht das Hauptproblem und es geht nicht nur um Superreiche.

Neben einem Verbot von Privatjets gibt es viele Vorschläge, um für eine Reduktion des Flugverkehrs und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Bereits 2008 schlug eine Gruppe der ärmsten und durch Klimafolgen bedrohtesten Ländern vor, eine internationale Flugsteuer zu erheben: die International Air Passenger Adaption Levy (IAPAL). Die Einnahmen sollten für Klima-Anpassungsmaßnahmen den besonders verwundbaren Ländern des globalen Südens zur Verfügung gestellt werden. Dies wurde als eine Maßnahme gefordert, um zumindest einen kleinen Teil der Schulden zu begleichen, die reiche Industrienationen durch Kolonialismus, Ausbeutung und Zerstörung der globalen Lebensgrundlagen anrichten. Bislang ignorieren reiche Staaten diesen Vorschlag weitestgehend.

In Europa wird zudem immer wieder eine Vielflieger*innen-Steuer gefordert. Dabei sollte für jeden weiteren Flug eine höhere Steuer anfallen. Die niederländische Organisation Milieudefensie hat beispielsweise eine Abgabe von 40 Euro für den ersten Flug pro Jahr, 80 Euro für den zweiten, 160 Euro für den dritten usw. vorgeschlagen. Die Einnahmen in Milliardenhöhe könnten beispielsweise für Kompensationszahlungen oder für soziale Entlastungsmaßnahmen in Deutschland genutzt werden.

*Jonas Asal, ROBIN WOOD-
Flugverkehrsreferent*

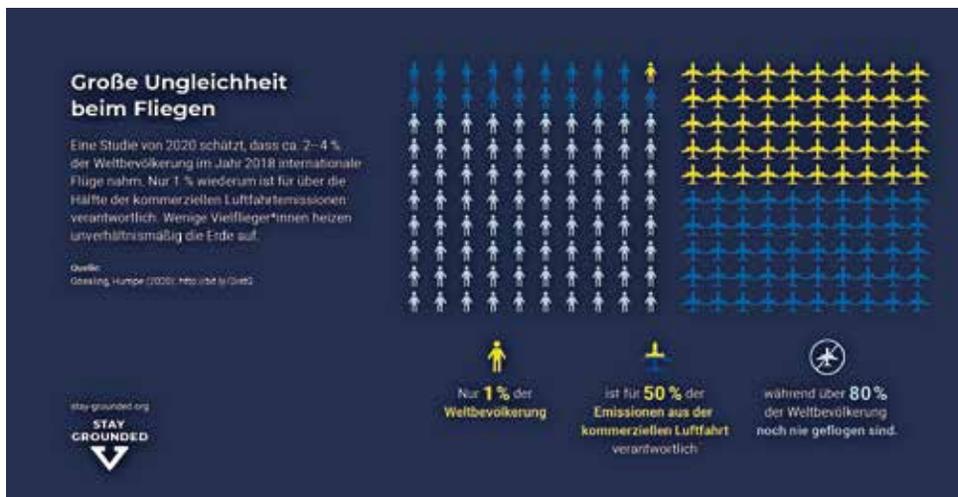




Foto: Together4Forests/Mina Neuscheler

Im Februar 2022 machte ROBIN WOOD gemeinsam mit anderen Organisationen in Berlin Lichtenberg Druck für ein EU-Lieferkettengesetz, das die Wälder weltweit schützt. Denn bisher wurde im Zeitraum eines einzigen Fußballspiels Wald in der Größe von 60 Fußballfeldern für EU-Importe gerodet! Und unser Protest hat zum Erfolg geführt!

Ein riesiger Erfolg für Faultier und Co!

Kurz vor dem Jahreswechsel wurde in Brüssel eine neue EU-Verordnung zum Schutz der Wälder weltweit beschlossen. Ein riesiger Erfolg für uns alle, der nicht zuletzt der Arbeit und Beharrlichkeit von ROBIN WOOD zu verdanken ist.

Dieses neue Gesetz der EU ist das erste weltweit, das über den Handel gegen globale Entwaldung vorgeht. Im November 2021 legte die EU-Kommission nach langjährigem Druck den ersten Entwurf vor. Ein wichtiger Start, aber entscheidende Rohstoffe für ein „Gesetz mit Biss“ blieben darin ungenannt. Denn neben Palmöl, Soja und Rindfleisch, Holz, Kaffee und Kakao ist auch der wachsende Anbau von Naturkautschuk ein massiver Treiber von Entwaldung.

Noch vor wenigen Jahren waren Unternehmen und Politiker*innen überzeugt vom Konzept der freiwilligen Selbstverpflichtungen. Und ginge es nach ihnen, wäre das noch immer so. Aber um Korruption und Intransparenz in den Lieferketten endlich zu verhindern, müssen die Produkte jetzt bis zum Ort der Herstellung zurückverfolgbar sein und dürfen nicht aus Gebieten stammen, die nach 2020 entwaldet wurden.

Der immense europäische Hunger nach billigen Konsumgütern gefährdet die Umwelt stark. Seit Jahrzehnten kämpft ROBIN WOOD deswegen für „entwaldungsfreie Lieferketten“ weltweit. Mit unserem starken und beharrlichen Netzwerk

aus Umweltschutzorganisationen und Aktivist*innen waren wir gemeinsam erfolgreich. Unser Druck auf Berlin und Brüssel hat sich endlich ausgezahlt.

Unsere Aktionen gegen die Reifenindustrie, wie etwa bei der Automesse im Herbst letzten Jahres, haben dazu beigetragen, den Druck auf die Verhandlungsführer*innen der EU zu erhöhen. Zu guter Letzt sind Naturkautschuk und Reifen Teil der Verordnung geworden, so wie auch Grillkohle und bedrucktes Papier. Ein großer Erfolg!

Fenna Otten, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin



Foto: iStock/Pescantini



Grafik: [iStock.de/ukususha](https://www.iStock.de/ukususha)

Für ein solidarischeres Klima!

Rund 14 Millionen Menschen sind in Deutschland laut Sozialverbänden von Armut betroffen. Sie stellen sich die Frage, wie sie diesen Winter ihre Energierechnungen bezahlen sollen. Währenddessen ist in den letzten drei Jahren auch die Anzahl der Millionäre gestiegen: aufgrund 1,6 Millionen Menschen in Deutschland. Diese Ungleichheit ist massiv und sie ist ein Problem auch aus ökologischer Sicht.

Den Reichen nehmen und den Armen geben – an dieser Idee nimmt ROBIN WOOD sich ein Vorbild und vereint soziale Gerechtigkeit mit konsequentem Umweltschutz. Gemeinsam werden wir in der Energie- und Preiskrise mit unserer Kampagne aktiv und setzen uns mit den folgenden Forderungen für ein solidarischeres Klima ein!

1. Umverteilen: Diejenigen, die sich in der Klima- und Energiekostenkrise zu Lasten anderer bereichern und diejenigen, die durch rücksichtsloses Profitstreben die Krisen mitverursachen und verstärken, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Reichtum muss von oben nach unten umverteilt werden.

2. Gerecht investieren: Angesichts der Klima- und Energiepreiskrise muss die Bundesregierung jetzt sämtliche klimaschädlichen Subventionen in eine grundlegende soziale und ökologische Transformation umlenken.

3. Runterfahren: Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass Energieeinsparpotentiale systematisch genutzt werden. Diese Einsparungen sollten prioritär in Industrien und Wirtschaftsbereichen durchgesetzt werden, die besonders umweltschädlich sind, nicht zum Gemeinwohl beitragen und angesichts der Klimakrise ohnehin schrumpfen müssen.

Die aktuelle Energie- und Preiskrise ist nicht nur eine Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, sie ist auch das direkte Resultat einer verpass-

ten Energiewende. Und dass vor allem die 14 Millionen Armutsbetroffenen angesichts steigender Energiekosten, höherer Lebensmittelpreise und explodierender Mieten vor Existenzängsten stehen, ist die Konsequenz einer Sozialpolitik, die nicht darauf ausgelegt ist, Armut abzuschaffen. Die Ampelregierung hatte mehr versprochen. Seit Januar 2023 ersetzt das neue Bürgergeld Hartz IV. Doch vor allem FDP und Union liefen Sturm gegen das Projekt, um einige Entlastungen abzuschwächen. Die Erhöhung im Bürgergeld entspricht gerade einmal der gestiegenen Inflation und vorgesehen sind nun 40,74 Euro als Strompauschale – das reicht kaum einem Haushalt. Sicherlich, es gibt zusätzliche Maßnahmen, sogenannte Entlastungspakete, doch das Problem: Diese helfen nicht in erster Linie den Ärmsten. Das öffentliche Geld wurde wie mit einer Gießkanne verteilt und nicht bevorzugt an Menschen mit geringem Einkommen. Sie schauen nun voller Sorge auf die nächsten Monate.

Kalte Wohnungen für die einen – satte Profite für die anderen

Besonders besorgniserregend ist, dass die Regierung in der Energie- und Preiskrise die alten Fehler wiederholt und Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit gegeneinander ausspielt. Um den Interessen der deutschen Industrie nachzukommen und um der Bevölkerung zu vermitteln, man kümmere sich in erster Linie um Energiesicherheit, setzt die Regierung mit Gasimporten in enormem Umfang erneut auf fossile Energien. Doch das bringt uns in neue Abhängigkeiten, sorgt für Energiearmut in ärmeren Ländern und heizt die Klimakrise noch weiter an.

Dabei liegt die Lösung auf der Hand: Wir brauchen eine konsequente Wende hin zu erneuerbaren Energien und wir brauchen eine faire Reduktion des Energieverbrauchs. Statt arme Menschen in kalten Wohnungen frieren zu lassen und statt unsere energie- und klima-

politischen Probleme auf dem Rücken von Ländern des Globalen Südens und von zukünftigen Generationen auszutragen, können wir Energie und damit auch Treibhausgasemissionen dort einsparen, wo unnötige Güter produziert werden oder wo reiche Menschen Luxusaktivitäten nachgehen. Subventionierte Privatjet-Flüge, große beheizte Villen – ein Weiter so für den Lebensstil der Reichen kann es nicht geben.

Und damit alle sich eine warme Wohnung leisten können, brauchen die Ärmsten der Gesellschaft mehr als das, was die sogenannten Entlastungspakete bislang beinhalten. Das Geld ist da: Viele Konzerne profitieren aktuell von der Krisensituation, allein RWE machte 2022 einen Gewinn von ca. 2,1 Milliarden Euro. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung die Krisengewinner zur Kasse bittet und zum Beispiel eine Übergewinnsteuer einführt.

*Jonas Asal, Flugverkehrsreferent
ROBIN WOOD, Hamburg*



Foto: Tafel Deutschland e.V./Wüstenhagen

Die Tafeln in Deutschland spüren deutlich, dass die Armut wächst. Dabei ist Geld genug vorhanden: So profitierte RWE von der Energiekrise 2022 deutlich

Energiekrise – wie weiter?

Wir müssen umdenken! Während sich die energiepolitischen Krisenmeldungen überschlagen, dreht sich die Debatte in Deutschland um Waschlappen und veraltete Atomkraftwerke. Dabei müsste es darum gehen, wie wir jetzt endlich den Sprint in ein zukunftsfähiges Energiesystem schaffen!

Krieg und Klimakrise mit massiv steigenden Energiepreisen, eine unsichere Versorgungslage und eine sich abzeichnende Wirtschaftskrise: Für Deutschland ist das System einer Energieversorgung durch günstige fossile Importe bei gleichzeitigem zu hohem Energieverbrauch aus den Fugen geraten. Mit verheerenden sozialen Folgen: Für viele Menschen stellt sich ganz konkret die Frage, wie sie in diesem Winter ihre Energierechnungen bezahlen sollen.

Doch statt strukturelle Antworten auf die aktuellen Krisen zu finden, wollen Politik und Wirtschaft möglichst viel beim Alten lassen – koste es, was wolle. Das bedeutet: Deutschland versucht, seinen Energiebedarf weiterhin durch

Importe und auf Kosten anderer Regionen und zukünftiger Generationen zu decken.

Beispiel Atom: Aus FDP und Union kommen absurde Forderungen nach Laufzeitverlängerungen und sogar dem Neubau von Atomkraftwerken. Weder zur Wärmeproduktion noch zur Stabilisierung des Stromnetzes können Atomkraftwerke Erdgas ersetzen. Stattdessen würde ein Fortführen der Atomkraft mit dem Import von Uran, dem wachsenden Risiko eines Atomunfalls und der ungeklärten Frage nach dem Verbleib des Atommülls die bestehenden Probleme des Energiesystems fortsetzen.

Beispiel Gas: Diese verantwortungslose Zukunftsverneinung gilt auch für die milliardenschweren Investitionen in neue Infrastruktur für Erdgas. Bis zu zwölf neue Terminals für fossiles Flüssiggas (LNG) sind in Deutschland mittlerweile geplant – ungeachtet ihrer global verheerenden Folgen. Das LNG, das über sie importiert werden soll, stammt zum Beispiel aus Texas, wo die Gasgewinnung Grundwasser und Böden

vergiftet und indigene Gemeinschaften gefährdet. Durch den gestiegenen LNG-Hunger des zahlungskräftigen Deutschlands können ärmere Länder aktuell ihren Energiebedarf nicht mehr decken. Und nicht zuletzt bedeutet der Bezug des extrem klimaschädlichen Flüssiggases auf Jahrzehnte hinweg einen massiven zusätzlichen Treibhausgasausstoß, den wir uns angesichts der galoppierenden Klimakrise nicht leisten können. Und auch in der Debatte über den mittlerweile fast schon sprichwörtlich gewordenen Waschlappen zeigt sich, wie wenig die bestehende Markt- und Wachstumslogik in Frage gestellt wird: Statt klarer Vorgaben für Energieeinsparungen bei der Industrie oder Tempolimits werden Kalt-Dusch-Appelle an uns Einzelne gerichtet.

Was bräuchte es stattdessen? Die Antworten auf die Krise müssen sozial gerecht und zukunftsfähig sein. Sie müssen den Fokus auf die Einkommensschwächsten legen und konsequent auf globale Gerechtigkeit und das Vorbringen der Energiewende und Klimagerechtigkeit ausgerichtet sein. Das bedeutet: Wir brauchen ein Ende dieser eurozentristischen Wachstumslogik, die versucht, den Energiebedarf der deutschen Industrie um jeden Preis zu decken. Es geht um Einsparen statt Ausbeuten und ein grundsätzliches Umdenken statt einem reinen Umorganisieren der fossilen Importe. Das bedeutet Schluss mit profitorientierter Spekulation mit den Grundbedürfnissen Wärme und Strom. Und das bedeutet den Aufbau einer dezentralen, klima- und sozialgerechten Energieversorgung.

Nur so können wir es schaffen, gemeinsam, ökologisch und sozial auf eine Zukunft hinzuwirken, die niemanden zurücklässt, an folgende Generationen denkt und dafür sorgt, dass unser Planet weiterhin bewohnbar ist – mit all seinen wunderschönen Facetten und natürlichen Reichtümern!



Grafik: iStock/azatvaleev

In Zukunft muss es um Einsparen statt Ausbeuten gehen. Und darum, dass eine dezentrale, klima- und sozialgerechte Energieversorgung installiert wird

**Ronja Heise, Energiereferentin
ROBIN WOOD, Hamburg**

Deutschlandticket: ein Sommermärchen?

*Das 9-Euro-Ticket glich letztes Jahr einem Sommermärchen: Zwischen Juni und August unternahmen die Menschen bundesweit eine Milliarde Fahrten im ÖPNV mit etwa 56 Millionen verkauften 9-Euro-Tickets. Im gleichen Zeitraum sparte das Ticket etwa 600.000 Tonnen CO₂-Emissionen. Mehr als 10 Prozent der Nutzer*innen verzichteten dank des Tickets auf mindestens eine Autofahrt am Tag. Viele Nahverkehrsverbände verzeichneten wieder Fahrgastzahlen wie vor der Corona-Pandemie.*

Nach dem Auslaufen des 9-Euro-Tickets riss die Auslastung jedoch vielerorts wieder dramatisch ab. Neben all den Problemen im ÖPNV, die die abrupt gestiegene Nachfrage infolge des 9-Euro-Tickets schonungslos offengelegt hat, hat es gleichzeitig zu einer zuvor nie dagewesenen medialen und öffentlichen Aufmerksamkeit für den ÖPNV und für das Recht auf klimafreundliche und bezahlbare Mobilität geführt.

Aber statt das ökologische und soziale Erfolgsprojekt 9-Euro-Ticket weiterzuführen, brachten die Verkehrsminister*innen von Bund und Ländern das „Deutschlandticket“ auf den Weg. Es soll 49 Euro pro Monat kosten, im monatlich kündbaren Jahres-Abonnement und ausschließlich digital erhältlich sein. Außerdem soll das Deutschlandticket bundesweit, über sämtliche Tarifgrenzen hinweg, gültig sein und damit die vielerorts komplizierten Tarifbestimmungen deutlich vereinfachen. Aber nicht nur Sozialverbände, auch Mobilitäts- und Umweltorganisationen kritisieren das Deutschlandticket als viel zu teuer – insbesondere für die Haushalte, die aktuell besonders stark unter den gestiegenen Kosten für Energie, aber auch den zuletzt vielerorts angehobenen Nahverkehrspreisen leiden.

Einerseits ist klar, dass uns der ÖPNV als zentraler Baustein der öffentlichen

Daseinsvorsorge mehr wert sein muss als bisher. Es braucht mehr Personal, bessere und modernere Infrastruktur, mehr Investitionen in Barrierefreiheit. Denn wenn wir unsere Klimaziele insbesondere im Verkehrssektor erreichen wollen, müssen mittel- und langfristig noch viel mehr Menschen auf den ÖPNV umsteigen. Gleichzeitig führte die hohe Nachfrage dank des 9-Euro-Tickets klar vor Augen, wie schnell das bisherige System an seine Belastungsgrenzen kommt.

Damit Fahrgäste also auch in Zukunft ihre Fahrräder im Regionalzug mitnehmen, Menschen mit Rollstuhl einen Platz finden und ÖPNV-Beschäftigte unter besseren Bedingungen arbeiten können, braucht es dringend mehr Investitionen. An dieser Frage stellt sich in der öffentlichen Debatte jedoch bisher oft ein falsches „Entweder-Oder“. „Entweder“ der ÖPNV werde günstiger „oder“ er könne endlich ausgebaut werden. Laut dieser Logik sind die Einnahmen aus Ticketverkäufen zentral für den Ausbau, denn irgendwo müsse das Geld dafür ja herkommen.

Für ein solidarisches Klima müssen wir jedoch diese „Entweder-Oder“-Logik verlassen. Denn als öffentliches Gut muss der ÖPNV und dessen Ausbau viel mehr als bisher vom Bund subventioniert werden. Während Finanzminister Lindner einen wirkungslosen Tankrabatt einführte, unterstellte er den Befürworter*innen des 9-Euro-Tickets eine „Gratismentalität“. Dabei sind es vor allem der Auto- und Flugverkehr, die seit Jahrzehnten kräftig aus der Staatskasse subventioniert werden. Ob durch den kostspieligen Bau neuer Straßeninfrastruktur, Steuerprivilegien für Diesel, Kerosin sowie die private Nutzung von Dienstwagen, oder die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge – wenn die Regierung endlich all diese klimaschädlichen und sozial ungerech-

Grafik: iStock.de/Firsova



Das 49-Euro-Ticket wird das 9-Euro-Ticket, das ökologisch und sozial wirkte, nicht ersetzen können

ten Subventionen streichen und in den ÖPNV umleiten würde, könnten wir den Ausbau ohne Weiteres finanzieren und gleichzeitig ein sozial gerechteres Ticketsystem einführen. Auch Modelle wie in Wien oder in Frankreich wären denkbar, die Arbeitgeber*innen gesetzlich verpflichten, sich an der Finanzierung öffentlicher Mobilität zu beteiligen.

Für ein tatsächlich solidarisches und klimagerechtes Deutschlandticket wäre eine soziale Staffelung essentiell: Haushalte mit geringen Einkommen sollten weiterhin nur neun Euro für das Deutschlandticket zahlen müssen – für Haushalte mit mittleren bis hohen Einkommen wird von vielen Verbänden ein Preis von 29 Euro pro Monat vorgeschlagen. Dass ein 29-Euro-Ticket ein guter Kompromiss wäre, zeigt auch die Erfahrung aus Berlin, wo es als Brückenlösung bis zum Beginn des Deutschlandtickets eingeführt wurde. Dort konnte die BVG zuletzt dank des 29-Euro-Tickets die Marke von einer Million Abo-Kund*innen überspringen. Ob das Deutschlandticket für 49 Euro ebenso viele Käufer*innen finden wird, bleibt abzuwarten – doch Umfragen lassen bereits befürchten, dass dem nicht so sein wird.

Dominique Just, ROBIN WOOD-Referentin für Mobilität, Hamburg



Foto: stocklapse/istock.de

Leben in die Straßen bringen

Barcelonas Superblock und die Verkehrswende

Ein Leipziger Verein lädt die Nachbarschaft zu drei Tagen „partiellen Straßensperren und deren Wirkung auf die städtische Aufenthaltsqualität“ ein. In Wiesbaden werden einige Stadtteile kurzzeitig für „Musik und Yoga statt Autoverkehr“ umgewidmet. Und in der Hauptstadt Berlin läuft gleich eine ganze Kampagne, die viele nachbarschaftliche Initiativen gründen will, um die Stadtteile verkehrsberuhigter und nachbarschaftlicher zu gestalten. Beispiele wie diese gibt es aktuell viele. Eine neue Idee aus Barcelona ist in kürzester Zeit so eingeschlagen, dass international und auch in Deutschland in vielen Städten darüber diskutiert wird. Es gründen sich Initiativen, Gemeinderäte beraten darüber und entwerfen Pilotprojekte. Diese Idee nennt sich Superblock. Sie kommt aus einer der berühmtesten Städte Europas: Barcelona.

Barcelona ist zwar weltbekannt für seine Architektur, wie des Modernisme Antonio Gaudís, Kultur und „Lebensgefühl“, doch die Stadt bringt auch einige altbekannte Probleme mit sich: Intensiver Autoverkehr, viele Abgase und große Hitze – im Sommer bis tief in die Nacht – zehren an der Gesundheit und

den Nerven der Bewohner*innen. Die breiten Straßen werden vom Autoverkehr dominiert. Dazu kommen sehr wenige Grün- und Erholungsflächen, in der die urbanen Bewohner*innen Abwechslung finden können. Nur in wenigen Orten Europas leben so viele Menschen auf so wenig Raum wie in Barcelona.

Was ist denn ein Superblock?

Der schachbrettartige Aufbau Barcelonas hat den ökologisch geprägten Stadtplaner Salvador Rueda inspiriert, das Konzept des Superblocks zu entwickeln. Die Idee ist einfach, hat aber große Auswirkungen. Außerhalb der Superblocks, auf den breiten Hauptstraße, soll der Verkehr weiterhin möglichst flüssig fließen können. Ein Unterschied zum früheren Zustand ist dabei, dass Schnellbusse Vorrang bekommen und eine vernetzte und gut ausgebaute Radinfrastruktur geschaffen wird.

Der Clou liegt aber in den einzelnen Nachbarschaften, die zu Superblocks ausgebaut werden. Hier dürfen zwar einzelne Autos weiterhin die Häuser anfahren, um beispielsweise eine gehbehinderte Person nach Hause zu

bringen oder um die Wege für Feuerwehr und Rettungsdienste freizuhalten. Doch der allgemeine Autoverkehr wird unterbunden. Darüber hinaus haben Fußgänger*innen meist Vortritt im Superblock.

Erreicht wird dies durch sogenannte Diagonalsperren: Poller oder massive Pflanzenkübel, die die Kreuzungen innerhalb der Superblocks für den Autoverkehr beschränken. So werden aus gefährlichen Kreuzungen ruhige Plätze, die in der Folge völlig neu gestaltet werden können. Wenn die verkehrstechnischen Umbauten abgeschlossen sind, werden in einer zweiten Phase versuchsweise bestimmte Elemente wie Pflanzen, Sitzbänke oder Spielgeräte aufgebaut. In der nächsten Zeit sollen die Bewohner*innen die Möglichkeit haben, ihre Straßen und Plätze neu zu entdecken. Erst danach wird über Evaluationen und Beteiligungsprozesse entschieden, wie eine längerfristige Gestaltung aussehen soll.

Die Stadt als Haus für alle

Salvador Rueda will damit die Grundlage schaffen, dass der städtische Raum nicht mehr nur der Fortbewegung

Gängiges Modell



Superblocks-Modell



Grafik: csm_Agencia_d_Ecologia_Urbana_de_Barcelona

Der schachbrettartige Aufbau Barcelonas hat den Stadtplaner Salvador Rueda zum Konzept des Superblocks inspiriert

dient, sondern wieder zum ‚Haus für alle‘ wird, zum gemeinsamen Raum für Austausch, Erholung und zum Verweilen, Kultur, Kunst und Demokratie.

Nach Ruedas Philosophie braucht es eine humanistische Neudefinition der städtischen Räume, die die Menschen nicht mehr zu (gestressten) Fußgänger*innen degradiert, sondern ihnen erlaubt, wieder zu Bürger*innen ihrer Stadt zu werden. Die Stadt soll ein Ort des Zusammentreffens, des Austausches, des gegenseitigen Erlebens und letztendlich der Demokratie werden.

Die Erzählungen eines begeisterten Anwohners scheinen die Idee zu bestätigen: „Ich hätte nie gedacht, dass sich mein Leben durch den Superblock so stark verändern würde. Denn heute findet die Hälfte meines Lebens direkt vor meiner Tür und im Superblock statt.“ Und er fügt hinzu: „Durch den Superblock haben wir angefangen uns zu treffen, uns wieder zu erkennen und zu denken: Ach, wir mögen das!“

Während der soziale Aspekt oft im Vordergrund steht, wie schon der Slogan

Barcelonas „Lasst uns die Straßen mit Leben füllen“ zeigt, soll der Superblock aber noch viel mehr positive Veränderungen bringen: einerseits deutlich weniger Lärm, Hitze und Abgase, andererseits mehr Bewegung für die Menschen. Fahrradwege, fußgängerfreundliche Nachbarschaften sowie Sport- und Spielmöglichkeiten im Superblock bestärken die Menschen aktiv Zeit in ihrer Umgebung zu verbringen.

Mehr Straßengrün kann nicht nur die biologische Vielfalt in der Stadt erhöhen, sondern trägt auch über Verschattung und höhere Luftfeuchtigkeit zur zur höheren Aufenthaltsqualität bei. Für viele Bewohner*innen des Superblocks wird das eigene Fahrrad oder die nächste Bushaltestelle zukünftig deutlich näher sein, als das außerhalb geparkte Auto. Und wer zum Abendessen in einen Superblock eingeladen wird, überlegt sich zweimal, ob sie mit dem Auto kommt.

Die beiden abstrakten Begriffe des Klimajargons „Mitigation und Adaption“ werden im Superblock greifbar:

Während die Förderung von klimaneutralen Fortbewegungsweisen ein konkreter Beitrag gegen die Verschärfung der Klimakrise ist, können weniger Versiegelung, weniger hitzefördernde Abgase und mehr Stadtgrün als Klimaanpassung dabei helfen auch durch extreme Hitzetage zu kommen.

Der Superblock als Baustein für Gerechtigkeit

Was als kleinteilige Vorschläge für einzelne Nachbarschaften begann, hat sich unter der Regierung von Barcelona en Comu (BenC, Barcelona Gemeinsam) seit 2015 zu einem stadtweiten Umbauplan entwickelt, der über Jahrzehnte hinweg das Gesicht der Stadt verändern könnte. Die lokale Partei BenC entstammt den Protesten und Besetzungen, die infolge der Wirtschaftskrise und der massiven Kürzungspolitik 2011 entstand.

Seit BenC 2015 überraschend die Wahlen gewann und die Bürgermeisterin stellt, hat sie eine ungewöhnliche Reform angestoßen. Ihr Anspruch ist Ökologie, soziale Politik, Feminismus und die Förderung von nachbarschaftlicher Organisation zusammen zu denken.

Dabei bezieht sich Barcelona jetzt auch auf Klimagerechtigkeit: Es wird angeprangert, dass gerade die ärmeren Teile der Bevölkerung unter zunehmenden Hitzewellen und schlechterer medizinischer Behandlung leiden müssen. Denn statistisch gesehen leben die prekären Schichten häufiger an viel befahrenen Straßen, haben weniger Wohnraum, seltener Gärten oder gar Ferienhäuser auf dem Land.

Schon allein die Infrastruktur spielt also eine große Rolle bei Gerechtigkeitsfragen: Denn wenn sich überhitzte, asphaltierte Kreuzungen mit großer Lärm- und Luftbelastung zu Freiräumen mit Bäumen und Hochbeeten, kostenlosen Sitzgelegenheiten und Spielmöglichkeiten entwickeln, profitieren vor allem diejenigen, die sich den teuren Urlaub im Sommer oder das Freizeitparadies am Stadtrand nicht leisten können.



Foto: Romuald Buryn

Auf den breiten Hauptstraßen soll der Verkehr weiter möglichst flüssig fließen. Jetzt bekommen Schnellbusse Vorrang und die Stadt Barcelona schafft eine vernetzte und gut ausgebaute Radinfrastruktur

Probleme beim Superblock

Und ja, wenn es um das Auto geht, gibt es natürlich auch in Barcelona Ärger und Protest. Grundsätzlich wollen manche einfach die Straßen für den Verkehr freihalten. So erzählt ein erbotter Anwohner: „Wir wollen nicht, dass sie all dieses Zeug auf die Straßen tun, Kinderspiele und so weiter. Es gibt einfach keinen Grund all diese Sachen in die Mitte der Straße zu stellen.“ Auch wird sich immer wieder beschwert, dass der lokale Handel und die Gastronomie leiden würde. Die Erfahrung zeigt aber, dass die gestiegene Aufenthaltsqualität und kurze und sichere Wege viel eher für mehr Konsum direkt im Viertel sorgen.

Eine andere und sehr berechtigte Sorge ist, dass die ruhigen Straßen und begrünten Plätze dafür sorgen, dass Wohnraum noch viel teurer wird als ohnehin schon. Für Immobilienunternehmen könnte dies eine einfache Möglichkeit darstellen, die Preise zu erhöhen, wenn die Umgebung mehr Ruhe ausstrahlt und als schöner wahrgenommen wird.

Die Antwort Barcelonas ist, den Superblock in der ganzen Stadt einzuführen: Damit wollen sie der Trennung in „gute Stadtteile“ mit – und „schlechte“ ohne Superblock gar nicht erst zulassen. Weil der Superblock nicht alles lösen kann, versucht Barcelona auch mit Mietdeckeln und sozialem Wohnungsbau mehr für Gerechtigkeit zu tun.

Mobilitätswende mit Freude

Barcelonas Stadtpolitik ist ein spannendes Beispiel dafür, dass Veränderungen nicht immer langsam und schlechend kommen müssen. Angesichts von Klimakrise und fossilen Strukturen, die in kürzester Zeit überkommen werden müssen, braucht es mutige Modelle für einen Wandel. Während viele sich in der Mobilität noch immer jedem Wandel, der über die Änderung von Verbrenner- zu Elektroauto hinausgeht, versperren, können Modelle wie Barcelona zeigen, dass mehr möglich ist. Verbunden mit einer Vision – mehr Gerechtigkeit, bessere Gesundheit, an-

genehme Gesellschaft draußen in der Nachbarschaft – muss die Abkehr von der Auto-Gesellschaft in der Metropole vielleicht gar nicht wehtun. Die Begeisterung, die der Superblock in vielen Städten in der Welt hervorruft, signalisiert den Wunsch nach Veränderung. Aus dunklen zugedachten Straßen können Fahrradwege, blühende Beete und Nachbarschaftsfeste werden.

Jannis Pfdntner beschäftigte sich in seiner Masterarbeit mit dem Konzept des Superblocks als Stadtentwicklung in Zeiten der Klimakrise. Heute arbeitet er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Leuphana Universität Lüneburg zu nachhaltiger Raumnutzung. Von 2016 bis 2018 war er Waldreferent bei ROBIN WOOD.

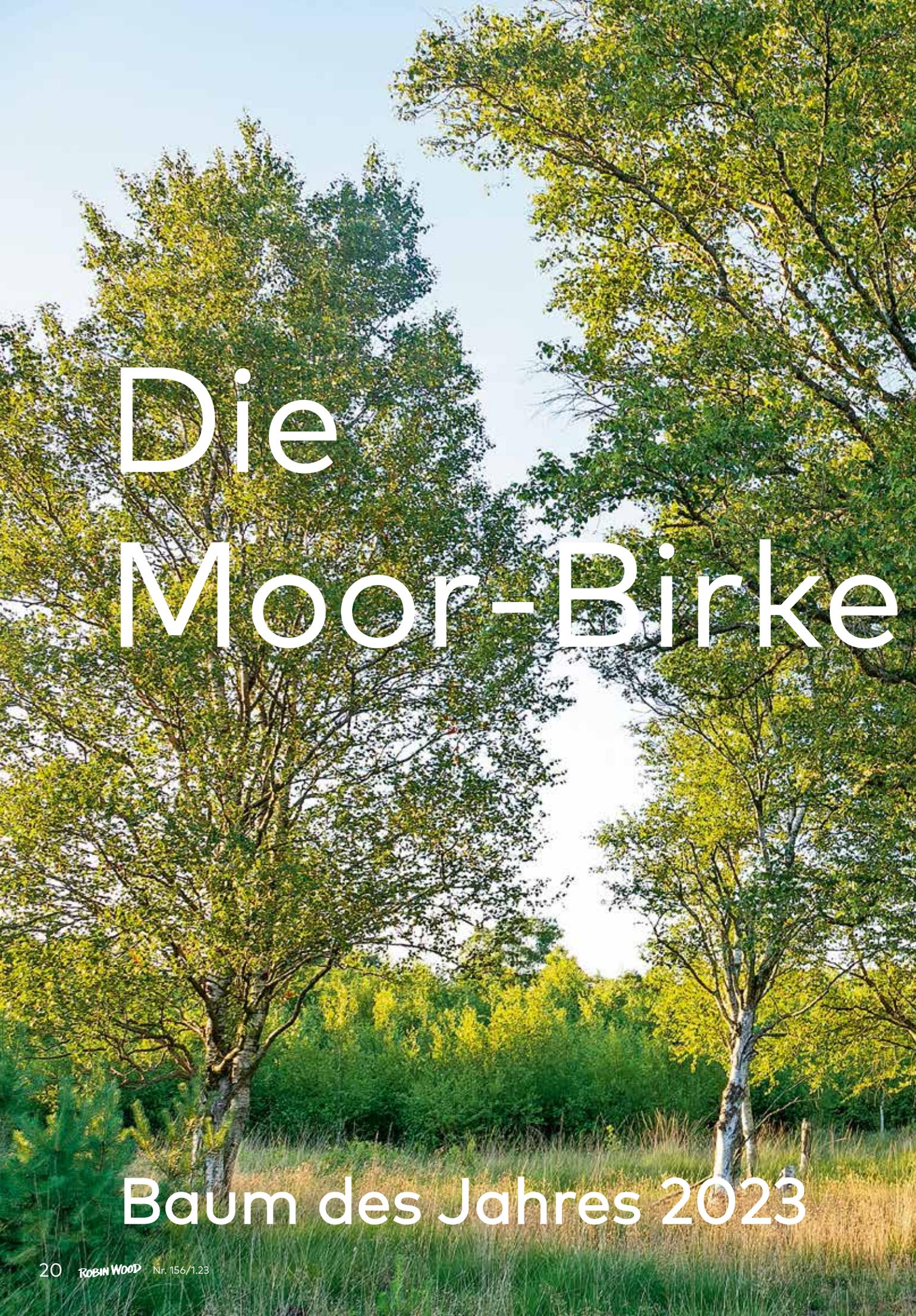


Grafik: csm_Barcelona_Tim_Schwendy



Foto: Jannis Pfdntner

*Begonnen als Nachbarschaftsinitiative hat sich der Superblock in Barcelona seit 2015 zu einem stadtweiten Umbauplan entwickelt. Statt Stress durch Lärm, Hitze und Abgase, bieten jetzt autofreie, begrünte Bereiche eine hohe Aufenthaltsqualität für die Anwohner*innen*



Die Moor-Birke

Baum des Jahres 2023



Foto: Petra Kalusche



Foto: Petra Kalusche

Foto: Ludwig Körner



Foto: Rainer Maus

Anders als in der Taiga ist die Moor-Birke in Mitteleuropa eine eher seltene Baumart. Die Konkurrenz der hiesigen Waldbäume ist für die schnell wachsende und lichtliebende Moor-Birke zu groß. Sie ist daher eher auf schwierigerem Terrain unterwegs, vor allem in moorigen Gebieten ...

Baum des Jahres 2023

Die Moor-Birke

Es wird wohl nur wenige geben, die eine Birke nicht sofort erkennen. Zu einzigartig, zu auffällig und schön sind ihre glatten, weithin sichtbaren weißen Rindenpartien und ihre lichte, frischgrüne Laubkrone. Sie ist ein Sinnbild des Frühlings. Zum Ausschmücken aller kirchlichen Festtage in dieser Jahreszeit – Ostern, Himmel-fahrt, Pfingsten und Fronleichnam – werden gern Birken genommen. Auch der noch heute in vielen mittel-europäischen Ortschaften alljährlich aufgestellte Maibaum oder der beim Richtfest in den Dachstuhl gestellte Richtbaum ist häufig eine Birke. Doch Achtung: Es gibt zwei zu Bäu-men heranwachsende Birkenarten in Mitteleuropa – die Moor- und die Sand-Birke. Beide zu unterscheiden ist allerdings nicht ganz leicht. Selbst der große Pflanzensystematiker Carl von Linné ging noch Mitte des 18. Jahrhunderts davon aus, dass es lediglich eine einzige baumförmige Birkenart in Europa gibt.

Das natürliche Verbreitungsgebiet der Moor-Birke umspannt fast den halben Globus. Es reicht von Süd-Grönland über Island und Nordeuropa bis nach Ostsibirien hinein. Obwohl also eher ein Baum der Taiga, ist sie durchaus auch im milderen Klima südlich dieser nordischen Wälder zu Hause. Nur in Südeuropa – südlich der Pyrenäen und der Alpen – und in den asiatischen Steppengebieten fehlt sie. Ihre Stärke steckt tatsächlich in ihrer ungewöhnlich hohen Kältetoleranz.

In den nordischen, den sogenannten borealen Wäldern, ist sie eine der wenigen waldprägenden Baumarten bis hin zu reinen Moor-Birkenwäldern. Im Norden Skandinaviens und in Nord-west-Russlands bildet die Moor-Birke sowohl in den Bergen als auch nach Norden zur Tundra hin die Baum-grenze. Auch in den alpinen Gebieten

Mitteleuropas klettert die Moor-Birke mehr als 2000 Meter bis zur Baum-grenze hoch. Das Verbreitungsgebiet der Sand-Birke überschneidet sich in weiten Teilen mit dem der Moor-Birke. Es reicht allerdings nicht ganz so weit nach Norden, dafür aber weiter nach Sü-den in den mediterranen Raum hinein.

Schon recht bald nach dem Ende der letzten Eiszeit vor etwa 12.000 Jahren waren weite Gebiete in Mitteleuropa mit lichten Birkenwäldern bedeckt. Diese Birkenzeit – rund tausend Jahre hat sie immerhin gedauert – endete, als zuerst Kiefern und Haseln, später dann auch all die übrigen heute in Mitteleuropa heimischen Waldbaumarten nach und nach zurückkehrten.

Die Birken hatten als Pioniere die rohen, eiszeitlichen Böden mit ihrer Streu überhaupt erst wieder frucht-barer gemacht. Nun wurden sie, da sie aufgrund ihres hohen Lichtbedürfnisses recht konkurrenzschwach gegenüber all diesen Rückkehrern waren, auf die unwirtlicheren Standorte verdrängt: die Sand-Birke auf eher trockene, sandige, die Moor-Birke überwiegend auf die kalten und moorigen Standorte. Nur wenn durch Feuer, Sturm, Schädlings-befall oder später durch die Eingriffe des Menschen Freiflächen in den Wäldern entstanden, waren die Birken meist schnell wieder da – erneut als Pioniere,



... oder in den Bergen, wo sie bis an die Baumgrenze klettert

die den Neustart der Waldentwicklung auf diesen baumfreien Flächen in Gang setzten.

In der heutigen Kulturlandschaft trifft man recht häufig auf Birken: an Wald-, Feld- und Wegrändern oder angepflanzt als Straßen-, Park- oder Gartenbäume. Ganz überwiegend han-



Natürliche Verbreitung der Moor-Birke

Steckbrief der Moor-Birke



Foto: Helge Schulz

Die Moor-Birke, *Betula pubescens*, blüht ab April getrennt in männlichen und weiblichen Blütenkätzchen. Die männ-

lichen Kätzchen hängen am Ende der Langtriebe nach unten, die weiblichen stehen aufrecht am Ende frisch austreibender Kurztriebe.



Foto: Petra Kalusche

Die jungen Triebe, Blattstiele und Blätter der Moor-Birke sind fein samtig behaart. Im Unterschied zur Sand-Birke, bei der die jungen Triebe unbehaart und mit kleinen klebrigen, Harz auscheidenden Warzen besetzt sind. Die beiden Birkenarten zu unterscheiden ist nicht leicht und erfordert den Vergleich

mehrerer Merkmale. So hängen die jungen Triebe der Sand-Birke in der Krone nach unten. Die jungen Triebe der Moor-Birke wirken eher steif und hängen niemals freischwingend nach unten.



Foto: Rudolf Fenner

Wenn Moor-Birken und Sand-Birken, direkt nebeneinander stehen, lassen sie sich im unteren Stammbereich gut unterscheiden. Nur die Sand-Birke, rechts im Bild, entwickelt mit zunehmendem Alter im Stammfuß eine schwarze, korkige Schuppenborke.

delt es sich dabei aber um Sand-Birken. Genauere Zahlen gibt es zumindest für die Waldgebiete in Deutschland. Birken stehen dort immerhin auf etwas mehr als fünf Prozent der gesamten Waldfläche. Das Gros davon sind wieder die Sand-Birken, nur gut zehn Prozent sind Moor-Birken. Diese wiederum stehen überwiegend in Moor-, Bruch- und Auenwäldern oder zumindest auf humusreicheren, sogenannten anmoorigen Waldböden. Die Moor-Birke ist somit anders als die Sand-Birke in Deutschland ein relativ seltener Waldbaum mit dem Verbreitungsschwerpunkt auf Feuchtstandorten.

Im Reich der Moor-Birke

Es gibt nur sehr wenige Plätze in der mitteleuropäischen Natur, wo die Moor-Birke auch langfristig zu Hause sein kann und nicht auf die kurzfristige Rolle der Pionierin beschränkt wird. Allerdings sind das meist recht unwirtliche, kalt-feuchte Standorte wie Felsblockhalden an den Nordhängen der Mittelgebirge und Alpen zum Beispiel. Auch ganz oben an der Baumgrenze in den Alpen ist sie zu finden, allerdings dort meist nur noch strauchförmig. Auch Schotter- und Sandbänke in Flüssen sind typische Moor-Birken-Standorte.

Größere natürliche, von Moor-Birken geprägte Waldbestände sind tatsächlich nur in Mooren zu finden. In alten, nach dem Ende der Eiszeit entstandenen Hochmooren wachsen sie dort, wo die extrem nährstoffarmen, baumfreien Torfböden des aufgewölbten Hochmoors an die etwas nährstoffreicheren Böden grenzen.

In jüngeren, noch nicht in die Höhe gewachsenen Hochmooren – den sogenannten Übergangsmooren – können sich auch ausgedehntere Moor-Birkenwälder entwickeln. Am Rand von Mooren in den Mittelgebirgen und am



Foto: Hans-Roland Müller

Hier eine Moor-Birke im Georgenfelder Hochmoor im Erzgebirge

Die Pionierin

Die Moor-Birke hat – wie auch die Sand-Birke – die typischen Merkmale und Eigenschaften eines Pionierbaums, der baumfreie, rohe Böden schnell besiedeln kann und in dessen Schutz dann die späteren Waldbaumarten heranwachsen können. Sie blüht schon ungewöhnlich früh im Alter von fünf bis zehn Jahren und bildet alljährlich große Mengen kleiner, leichter und geflügelter Samen, die vom Wind weit getragen werden und die auf rohen Böden gut keimen können. Sie kommt mit den auf Freiflächen extremeren Klimaverhältnissen ohne Weiteres zurecht.

Ihre Laubkrone ist ziemlich lichtdurchlässig, so dass das Heranwachsen anderer Baumarten kaum behindert wird. Sie hat aber selbst eine äußerst geringe Schattentoleranz. Eigene Nachkommen können in ihrem Schatten schwerlich hochkommen. Sie wird nicht sehr alt, zumeist nur etwa 80, selten 100 bis 130 Jahre, und überlässt vergleichsweise früh den langlebigeren Waldbäumen das Feld.



Foto: Petra Kalitsche

In Moor-Birkenwäldern herrscht eine ausgesprochen reichhaltige Biodiversität

Alpenrand wächst die Moor-Birke auch in lichten, wechselfeuchten Wäldern meist zusammen mit Fichten oder Kiefern.

Moor-Birken-Bruchwälder wachsen inzwischen aber auch auf abgetorften und zur Renaturierung wiedervernässten Flächen. Und auch auf oberflächlich trockengelegten Moorflächen können sich von Moor-Birken dominierte Bestände entwickeln. Allerdings dringt in diese Flächen gelegentlich auch die Sand-Birke ein und übernimmt dort häufig die Vorherrschaft.

In Moor-Birkenwäldern herrscht eine ausgesprochen reichhaltige Biodiversität. Es leben dort zahlreiche Insektenarten, darunter auch einige ausschließlich oder zumindest bevorzugt auf Moor-Birken und Moor-Birkenwälder spezialisierte Käfer-, Zikaden-, Wanzen-, Wespen- und Schmetterlingsarten. Mehrere Birkenpilz- und Täublingarten gehen gern mit den Moor-Birken in Symbiose. Auch der holzersetzende Birkenporling befällt ausschließlich Birken. Diese ungewöhnlich hohe, spezifische Bindung diverser Pilz- und Tierarten an Moor-Bir-

ken macht deutlich, dass es nicht erst seit der letzten Eiszeit, sondern schon sehr viel länger eine gemeinsame, eine sogenannte Co-Evolution dieser Tier- und Pilzarten mit Moor-Birken gegeben hat.

Doch über 90 Prozent der ursprünglichen Moorflächen in Deutschland sind bereits entwässert, vor allem um

landwirtschaftlich nutzbare Flächen zu gewinnen. Moor-Birken-Moorwälder gelten daher als stark gefährdet und sind inzwischen bundesweit gesetzlich geschützt. Das Trockenlegen der Moore bedeutet aber nicht nur einen enormen Verlust an Biodiversität, sondern auch eine erhebliche Beschleunigung der Klimaveränderung. Denn sobald die

Weiß und wasserfest

Das charakteristische, bei der Moor-Birke meist mehr oder weniger abgetönte Weiß der Rinde rührt von farblosen, nadelförmigen Kristallen in den luftgefüllten Korkzellen der äußeren Rinde her. Diese sogenannten Betulin-Kristalle reflektieren das einfallende Licht und schützen so die Moor-Birke vor einer Überhitzung ihres unmittelbar unter der recht dünnen Rinde liegenden Wachstumsgewebes.

Dieses Betulin, das in großen Mengen in der Rinde vorkommt, macht die Birkenrinde wasserundurchlässig. Mit astlochfreien Rindenpartien wurden daher früher in Nordeuropa und Sibirien Dächer gedeckt, Boote wasserfest

gemacht und sogar Schuhe und Taschen gefertigt. Die in dünnen Schichten abziehbare äußere weiße Rinde wurde als Papierersatz verwendet.



Foto: Rudolf Fenner



Foto: Andreas Roloff

Eine der Stärken der Moor-Birke steckt auch in ihrer ungewöhnlich hohen Kältetoleranz

seit der letzten Eiszeit in den Mooren und Sümpfen gewachsenen Torfschichten austrocknen und mit dem Luft-sauerstoff in Kontakt kommen, beginnt ihre Zersetzung und damit die Freisetzung großer Mengen an CO₂ und anderer Treibhausgase. Knapp sieben Prozent der deutschen Emissionen an Treibhausgasen stammen aus zerstörten Moorflächen. Reduzieren lässt sich das nur durch Wiederanheben der Wasserstände. Seit dem Jahr 2021 gibt

es dafür nun eine Nationale Moorschutzstrategie der Bundesregierung, die in erster Linie die Reduktion der Treibhausgasemissionen aus Moorgebieten, aber auch den Erhalt und die Förderung der moorspezifischen Biodiversität zum Ziel hat. Die Moor-Birke wird zwar im Rahmen dieses langfristig angelegten Programms solche Standorte, die sie erst durch Abtorfung und Trockenlegung gewonnen hatte, bei Wiedervernässung aufgeben müssen.

Durch die Renaturierung der Moorflächen entsteht auch an deren Rändern neuer Lebensraum für Moorbirken-Wälder und Moorbirken-Mischwälder. Die Moor-Birke ist und bleibt auch dank ihrer großen Fähigkeit, neue Standorte schnell zu besiedeln die Charakter-Baumart dieses Lebensraums.

*Rudolf Fenner vertritt ROBIN WOOD im Kuratorium Baum des Jahres (KBJ):
Fachbeirat der Baum des Jahres – Dr. Silvius Wodarz-Stiftung
rudolf.fenner@robinwood.de*

Holz der Moor-Birke

Das recht helle, leicht gelbliche, zu den Harthölzern zählende Moor-Birkenholz ist zwar nicht für die Verwendung im Außenbereich geeignet. Dort würde es recht schnell verrotten. Aber es lässt sich bestens für den Möbelbau, für die Furnier- und Sperrholzproduktion und als gut zu drehelndes Holz verwenden. Bisher allerdings geschieht dies überwiegend in Nordeuropa. Hier in Mitteleuropa wird es leider noch immer vor allem als Kaminholz verheizt. Es ist noch nicht lange her, dass Birken von Forstleuten als störendes Unkraut angesehen wurden, das möglichst schnell aus dem Bestand rausgeschlagen werden sollte.

Doch mittlerweile ändert sich der Blick. Es zeigt sich, dass im Wald belassene Birken zur Verbesserung des Binnenklimas und der Bodenfruchtbarkeit beitragen. Mehr noch: Birken lassen sich ohne großen forstlichen Aufwand zu geradstämmigen und hochwachsenden Bäumen entwickeln. Erste Anbauversuche zeigen, dass Moor-Birken sogar bessere Holzqualitäten als Sand-Birken bringen können. Da die gerade begonnene Forcierung der Moorrenaturierungen auch zu nasserem Standorten in unmittelbar angrenzenden Wäldern führen wird, bietet sich eine gute Chance für die Integration der Moor-Birke in eine auch ökonomisch interessante, naturnahe Bewirtschaftung feuchter Waldstandorte – beispielsweise in Mischung mit anderen, an Feuchtstandorte adaptierten Laubbaumarten wie Erlen oder Flatter-Ulmen.

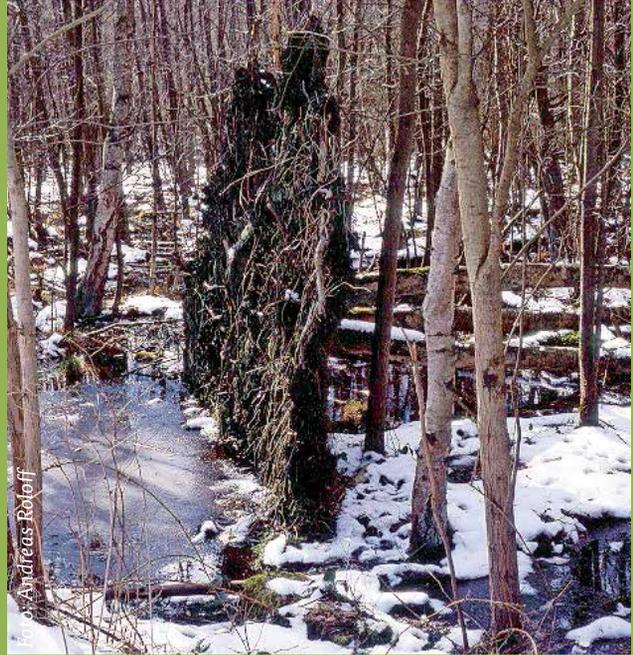
Bestellen Sie noch den Wandkalender mit Bildern vom Baum des Jahres 2023 zum vergünstigten Preis von fünf Euro plus Porto. Es wird auch wieder ein Faltblatt zur Moor-Birke à 0,60 € angeboten. Bestellungen an die ROBIN WOOD-Geschäftsstelle, info@robinwood.de, Tel.: 040 380892-0.



Das Wurzelsystem

Moor-Birken durchwurzeln den Boden maximal bis in etwa 40 Zentimeter Tiefe. Nur selten und nur außerhalb von Feuchtgebieten bildet sie auch mal einzelne bis zu drei Meter tiefgehende Absenker. Horizontal kann der Radius ihres dichten Wurzelwerks dagegen ungewöhnlich weit reichen – bis zu einer Länge von 25 Meter. In Feuchtgebieten bleibt ihr Wurzelsystem oberhalb des mittleren Bodenwasserlevels und kann daher bei hochanstehendem Bodenwasser extrem flach ausfallen.

Wird bei einer Moorrenaturierung das Bodenwasser über ihren Wurzelhorizont dauerhaft angehoben, geht es der Birke wie den allermeisten Baumarten: Sie stirbt ab. Sie stirbt aber auch ab, wenn der Bodenwasserspiegel dauerhaft abgesenkt wird. Denn die Moor-Birke kann ihr einmal ausgebildetes Wurzelsystem nur schlecht an Veränderungen der Bodenwasserhältnisse anpassen. Dieses recht unflexible Wurzelsystem ist auch der Grund, warum Birken außerhalb von Moorgebieten bei ungewöhnlich langer sommerlicher Trockenheit deutlich vor den meisten anderen Baumarten mit Gelbfärbung und vorzeitigem Abwurf ihrer Blätter reagieren.



Wiedervernässung in Niedersachsen in der Diepholzer Moorniederung: Über 90 Prozent der ursprünglichen Moorflächen in Deutschland wurden in den letzten Jahrzehnten entwässert, vor allem um landwirtschaftlich nutzbare Flächen zu gewinnen. Moor-Birken-Moorwälder gelten daher als stark gefährdet und sind inzwischen bundesweit gesetzlich geschützt. Das Trockenlegen der Moore bedeutet nicht nur einen enormen Verlust an Biodiversität, sondern auch eine erhebliche Beschleunigung der Klimakrise



Foto: Petra Kalusche



Afzelia-Sägerei in Mosambique: Das Afzelia-Holz wird in großen Mengen nach China und Vietnam exportiert und dient als Ersatz für Afrikanisches Rosenholz

Fotos: Tony Cunningham

Die Konferenz der Tiere und der Pflanzen

CITES-Konferenz in Panama fasst wichtige Beschlüsse zum Schutz tropischer Bäume

Ende 2022 standen mit der Weltklimakonferenz in Ägypten und der UN-Biodiversitätskonferenz in Montreal/Kanada wichtige Konferenzen auf der Agenda der internationalen Staatengemeinschaft. Etwas im medialen Schatten fand deswegen die 19. Vertragsstaatenkonferenz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES) vom 14. bis 25. November in Panama statt. Auf der Konferenz wurden allerdings bemerkenswerte Entscheidungen zum Schutz handelsrelevanter Tropenholzarten und damit indirekt auch zum Schutz tropischer Wälder getroffen.

Mit rund 150 Arten wurden in Panama so viele Baumarten unter den Schutz des Washingtoner Artenschutzabkommens gestellt wie noch nie auf einer CITES-Vertragsstaatenkonferenz. Viele der Arten wurden in den sogenannten Anhang II aufgenommen, weil ihre Bestände durch den legalen und illegalen Handel mit ihrem Holz stark gefährdet sind. Andere Baumarten bekamen den gleichen Schutzstatus, weil sie mit herkömmlichen makro- und mikroskopischen Methoden nicht von den gefährdeten Arten unterschieden werden können.

Die Listung im Anhang II bedeutet, dass Holz nur dann aus den Verbreitungsstaaten ausgeführt werden darf, wenn seine Herkunft wissenschaftlich fundiert geprüft wurde. Eine nachhaltige Herkunft muss auf Basis populationsbiologischer und waldwissenschaftlicher Daten belegt werden. Dazu müssen Anforderungen an Legalität und Rückverfolgbarkeit erfüllt sein. In der EU werden zusätzliche Gegenprüfungen auf Nachhaltigkeit und Legali-

tät durchgeführt. Dabei berücksichtigt die EU zudem die Lieferketten, die Rückverfolgbarkeit und den Korruptionsindex.

Das sind die Arten, die neu in CITES aufgenommen wurden:

- Ipê – Baumarten aus Süd- und Mittelamerika

Der Name „Ipê“ bezieht sich auf die sehr ähnlichen Baumgattungen *Handroanthus*, *Tabebuia* und *Roseodendron*, die alle ein extrem schweres, hartes und fäulnisbeständiges Holz haben, das sich gut für die Verwendung im Freien eignet. Weil die Ipê-Baumarten stark gefährdet und nur schwer zu unterscheiden sind, wurden alle 113 Arten in den CITES-Anhang II aufgenommen. Die meisten Ipê-Arten kommen in Brasilien vor. Aber auch Bolivien, Ecuador, Paraguay und Peru sind wichtige Verbreitungsgebiete. Die EU und die USA sind die Hauptexportländer dieser Hölzer, die derzeit zu den wertvollsten auf dem Markt gehören. In Deutschland ist es als Konstruktions- und Terrassenholz im Handel. Der Handel konzentriert sich im Wesentlichen auf die beiden Arten *Handroanthus erratifolius* und *H. impetiginosus*, die beide in der Roten Liste der Weltnaturschutzunion (IUCN) als bedroht aufgeführt sind.

Geringe Populationsdichte, langsames Wachstum und übermäßiger Holzeinschlag für den legalen und illegalen Handel haben zu einem drastischen Rückgang dieser beiden Arten geführt. Die Baumarten werden vor allem im südlichen und östlichen Amazonasbeckens Brasiliens geschlagen. Über

90 Prozent der Ausfuhren stammen aus diesen Gebieten. Weil die Bestände dort ausgebeutet sind, verlagert sich die Abholzung in die abgelegenen zentralen und südwestlichen Amazonasgebiete.

Wissenschaftliche Daten belegen, dass die Ipê-Arten selbst bei schonendster Waldbewirtschaftung nicht nachhaltig genutzt werden können. Die noch von der Bolsonaro-Regierung entsandte Delegation des brasilianischen Umweltministeriums versuchte auf der CITES-Konferenz vehement, mit



Selbst bei schonender Waldbewirtschaftung können Ipê-Arten nicht nachhaltig genutzt werden

Unterstützung Boliviens, eine Listung von Ipê zu verhindern. Das gelang letztlich nicht, allerdings wurde die Aufnahme in den Anhang II um zwei Jahre verschoben. Auch die EU billigte unnötigerweise diesen Kompromiss, der die Gefahr einer weiteren Übernutzung der Bestände birgt.

• **Afzelia-Baumarten aus Afrika**

Die sieben afrikanischen Arten der Gattung Afzelia sind in unterschiedlichem Maße in den Savannen und Baumsavannen vieler west-, zentral- und südostafrikanischer Länder verbreitet. Obwohl die Bestandsdaten sehr lückenhaft sind, kann ein drastischer Rückgang dieser Arten als Folge des internationalen Handels beobachtet werden. Neben dem Handelsnamen Afzelia wird das Holz der fünf handelsrelevanten Arten auch unter der Bezeichnung Doussie oder Pod Mahogany gehandelt.

Afzelia-Holz wird in größeren Mengen nach China und Vietnam exportiert und dient als Ersatz für Rosenholz-Arten. Dieses Holz ist im traditionellen Möbelbau Chinas nach dem sogenannten Hongmu-Standard sehr begehrt, darf aber aufgrund seiner CITES-Listung nur noch eingeschränkt importiert werden. In Deutschland und in der EU wird das hochwertige Holz vor allem für Fußböden, Fenster, Türen und Treppen verwendet. Hauptausfuhrländer sind Ghana, Kamerun, Republik Kongo und Mosambik.



Foto: Hajo Schmitz-Kretschmer

Das Holz der Afzelia-Baumarten ist im traditionellen Möbelbau Chinas sehr begehrt



Foto: iStock/Viard

Die Tonkabohnen der Cumaru-Baumarten: Leider wurde auch ihre Listung um zwei Jahre verschoben

• **Cumaru-Baumarten aus Südamerika**

Hierunter fallen Bäume der Gattung Dipteryx, die im nördlichen Südamerika und in Mittelamerika mit etwa 14 Arten verbreitet ist. Die Arten werden wegen ihres wertvollen und dauerhaften Hartholzes geschätzt, das meistens unter den Namen Cumaru oder Shihuahuaco gehandelt wird. In Deutschland wird es für Terrassendielen sowie als Konstruktionsholz für den Außenbereich verwendet.

Neben dem Holz werden auch die Samen genutzt, die als Tonkabohnen für die Verwendung in der Parfüm-, Tabak- und Lebensmittelindustrie international begehrt sind. In mehreren Verbreitungsstaaten dienen die Cumaru-Bäume auch lokal als Nahrungsmittel und Lebensgrundlage für indigene und lokale Gemeinschaften, die in die Lieferkette der Tonkabohne eingebunden sind.

Da die Cumaru-Arten nur äußerst langsam wachsen und mindestens 50 Jahre bis zur Samenreife benötigen, trägt der Holzeinschlag erheblich zum Rückgang bei. Diese Wildpopulationen sind ohnehin schon durch anhaltenden Habitatverlust in Regenwäldern und Savannen, z. B. durch Landumwandlungen im Cerrado, stark beeinträchtigt. Nach zäher Diskussion wurde die CITES-Listung in einer Abstimmung gegen den Widerstand Brasiliens und Boliviens akzeptiert, wobei die Tonkabohnen von der Listung ausgenommen wurden. Leider wurde auch hier das Inkrafttreten der CITES-Listung um zwei Jahre verschoben.

• **Afrikanische Pterocarpus-Arten**

Pterocarpus ist eine Gattung mit etwa 40 Arten, die in tropischen und subtropischen Regionen weltweit beheimatet sind, 12 davon in Afrika. Von den aufgenommenen Arten sind sechs eine wichtige Quelle für international gehandeltes Holz von hohem Wert, das hauptsächlich in Form von Rundholz und Schnittholz exportiert wird. Das Holz dieser Arten ist mit normalen Erkennungsmethoden nicht voneinander zu unterscheiden. Das meiste Holz wird legal und illegal nach China ausgeführt und dort ebenfalls zu Möbeln des Hongmu-Standards verarbeitet. In Deutschland ist das Holz von drei afrikanischen Arten als Afrikanisches Padouk oder Afrikanisches Korallenholz in eher geringen Mengen im Handel. Dort wird es aufgrund seiner dekorativen Färbung für Möbel, Musikinstrumente und Kunsttischlerarbeiten verwendet.



Foto: iStock/fpm

Holz der Baumgattungen Pterocarpus erzielt wegen seiner attraktiven Maserung hohe Preise auf dem internationalen Holzmarkt

• **Khaya-Mahagoni**

Alle fünf Arten von Khaya wachsen als große Bäume in verschiedenen Lebensräumen im tropischen und subtropischen Afrika. Sie sind eng mit dem echten Mahagoni verwandt und produzieren einige der wertvollsten und begehrtesten Hölzer Afrikas für den internationalen Markt. Sie werden unter verschiedenen Namen gehandelt: vor allem als Afrikanisches Mahagoni, Khaya-Mahagoni oder Acajou. Aus Ghana, Kamerun, Elfenbeinküste und der Republik Kongo werden Rund- und Schnitthölzer nach China, USA und

in die EU exportiert. In Deutschland wird Khaya-Holz als Furnier-, Sperr-, und Vollholz im Boots-, Möbel- und Musikinstrumentenbau verwendet. Aufgrund des übermäßigen kommerziellen Holzeinschlags ist der Bestand aller Khaya-Arten erheblich zurückgegangen und von der IUCN als gefährdet eingestuft worden.

Indigene Völker und lokale Gemeinschaften stärker einbinden: Dazu gab es bei der Konferenz nur Absichtserklärungen

Viele Vorschläge für die Listung von Hölzern in Anhang II scheiterten in frühen Jahren am Veto der Verbreitungsstaaten. Sie wiesen einseitige Vorschläge der Industrieländer als Bevormundung zurück und befürchteten Handelsverbote. Zudem wurden sie von holzhandelsfreundlichen Organisationen wie der Internationalen Tropenholzorganisation (ITTO) und der Welternährungsorganisation (FAO) beeinflusst.

In der Zwischenzeit haben einige wichtige Entwicklungen zu einem Umdenken und zu größerer Akzeptanz in den Verbreitungsländern geführt. Dazu gehören intensivere Dialoge und frühzeitige Kooperationen zwischen den Ausfuhrländern des Globalen Südens und den Einfuhrländern des Globalen Nordens. Zudem erhielten Verbreitungsländer erhebliche finanzielle und fachliche Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten und Ressourcen zur Umsetzung der CITES-Listungen. So wurden z. B. Schulungen zu Nachhaltigkeitsprüfungen und zu Holzidentifizierungen durchgeführt, sowie die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Holzhandels gestärkt.

Ein Novum war, dass die EU alle Holzvorschläge gemeinsam mit afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern einbrachte und durch Kooperationen, Kapazitätsaufbau und Gremienarbeit die Vorschläge politisch und fachlich begleitete. China als größter Tropenholzimporteur nahm bei der Listung der Vorschläge eher eine opportunistische Haltung ein, indem es sich als Partner der Verbreitungsstaaten inszenierte.

Es muss sich allerdings erst noch zeigen, ob die Umsetzung des Schutzes für die gelisteten Holzarten gelingt und CITES seine Schwächen angehen kann. Dies betrifft u. a. Defizite bei Legalitäts- und wissenschaftsbasierten Nachhaltigkeitsprüfungen, Korruptionsbekämpfung, Finanzierung und personeller Ausstattung der Forst- und CITES-Behörden. Nur wenn hier Fortschritte erzielt werden, kann CITES seinen Anspruch einlösen, mehr zu sein als ein Abkommen an der Schnitt-

stelle zwischen Handel, Umwelt und Entwicklung. Dann kann es gelingen, dass CITES eine größere Rolle beim umfassenden Schutz von Wald-Ökosystemen und der globalen Waldpolitik spielt. In Zukunft ist es unabdingbar, dass die indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften stärker in Entscheidungen eingebunden werden. Hier kam die Konferenz in Panama nicht über Absichtserklärungen hinaus.

Hajo Schmitz-Kretschmer, Brühl

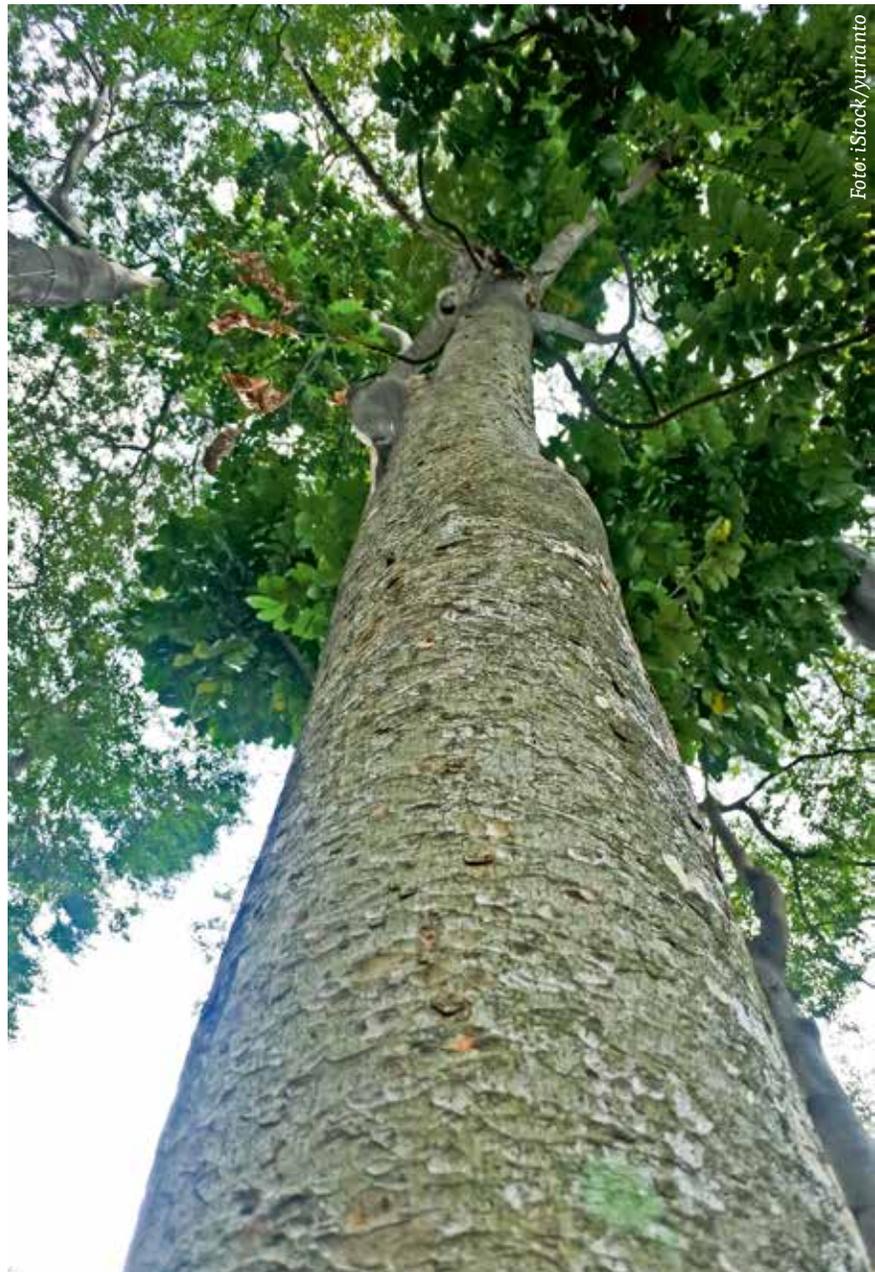


Foto: iStock/yurianto

Afrikanisches Mahagoni: Das Holz der imposanten Khaya-Bäume zählt zu den wertvollsten und begehrtesten Hölzern Afrikas für den internationalen Markt. Der ungebremste Einschlag hat dazu geführt, dass Khaya-Arten gefährdet sind



Foto: iStock/Urwe-Bergwitz

Wir leben über unsere Grenzen: Für immer größere Sojaplantagen und für unseren unstillbaren Papierhunger wird im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso das einmalige Cerrado-Savannengebiet zerstört

Planetare Grenzen

Die Weltgemeinschaft hat alle Warnungen über die Zerstörung der Natur in den Wind geschlagen und am kontinuierlichen Wirtschaftswachstum festgehalten. Wir haben uns damit des Großteils der Lebensgrundlagen beraubt und befinden uns mitten in einer existenziellen Katastrophe, die vier Fünftel der Weltbevölkerung ins Chaos stürzt, während eine Minderheit im Überfluss lebt. Gibt es Auswege aus diesem Irrweg? Der Versuch einer Annäherung anhand der Beispiele Papier, Soja und Palmöl.

Die Erde kann unser Wirtschaftssystem nicht mehr tragen, das vermeintliche Marktzwänge über das Gemeinwohl stellt. Unsere rohstoffhungrige, imperiale Lebensweise führt die Kolonialzeit fort und beutet systematisch Natur und Menschen im Globalen Süden aus – mit weitreichenden Folgen für die Biosphäre. Scheinbare Klimailösungen wie Elektromobilität ändern nichts an den Grundstrukturen des zerstörerischen Wirtschaftssystems. Warum

konnten 50 Jahre Umwelt- und Menschenrechts-Abkommen die Naturvernichtung, den Klimawandel und den Verteilungskampf nicht stoppen? Weil es bei unserem derzeitigen Wirtschaftssystem Menschen nicht um gute Löhne und Sozialstandards geht, sondern nur darum billige Produkte herzustellen und zu konsumieren.

In wichtigen Bereichen haben wir die planetaren Grenzen überschritten – vor allem der Verlust der natürlichen Vielfalt ist beängstigend, aber auch Klimakrise, Landnutzungsänderungen und umweltschädliche Stoffe erreichen ein kritisches Niveau. Die ökologischen Kippunkte stehen kurz bevor, von denen aus es kein Zurück mehr gibt.

Beispiel Papier: Der weltweite Papierverbrauch hat sich seit den 1960er Jahren vervierfacht. Wir verwenden inzwischen jeden Tag mehr als eine Million Tonnen Papierprodukte. Menschen in Deutschland gehören mit einem Verbrauch von rund 230 Kilogramm pro Person und Jahr zu den vier

größten Papierverbraucher*innen der Welt und ver(sch)wenden damit etwa doppelt so viel Papier wie Menschen in der Schweiz, Frankreich oder Großbritannien!

Ungefähr 80 Kilogramm Papier im Jahr wären ökologisch und sozial verträglich, und bei mehr Altpapier-Einsatz würde sich diese nachhaltige Menge noch etwas erhöhen. Um im Bereich Papier nachhaltig zu leben, müsste Deutschland also zwei Drittel einsparen, Frankreich, die Schweiz und Großbritannien aber nur etwa ein Drittel.

Das Holz für deutsche Primärfaser-Papiere stammte zur Jahrtausendwende zu einem Großteil aus Kahlschlägen kanadischer (Ur-)Wälder. Nach internationalen Protesten suchte die europäische papierverarbeitende Industrie nach Ausweichmöglichkeiten und fand diese in vermeintlich umweltfreundlichen Papierholz-Plantagen, allen voran in Südamerika. Alleine in Brasilien ist eine Fläche von der Größe Bayerns mit Eukalyptus-Plantagen bepflanzt –

mit verheerenden Auswirkungen auf Mensch und Natur.

In der Region Três Lagoas im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul wurden innerhalb von zehn Jahren eine Million Hektar Land mit Eukalyptus bepflanzt, aus dem sieben Millionen Tonnen Papier-Zellstoff pro Jahr produziert werden. Três Lagoas liegt mitten im empfindlichen Cerrado-Savannengebiet, von dessen wasserspeicherndem Wurzelsystem die Süßwasser-Ressourcen eines großen Teils des Landes abhängen. Für die Plantagen werden die Wurzelsysteme entfernt. Eukalyptus zieht mehr Wasser als es regnet – Gewässer und Grundwasser trocknen aus. Einheimische nennen die Papier-Plantagen eine „grüne Wüste“. Durch die Trockenheit haben Plantagenbrände um das Zehnfache zugenommen – ein zusätzlicher Schock fürs Klima.

Die Papierindustrie in Brasilien ist direkt mit der Waldzerstörung für Rinderfarmen verknüpft: Sie kauft Großgrundbesitz von Viehfarmen auf, die mit dem Geld ihrerseits unberührtes Savannenland für neue Viehweiden erwerben, ein Teufelskreis! Die Plantagen vernichten den letzten Rest an Natur, den die Viehfarmen hinterlassen haben. Verbliebene Ortschaften werden durch die Plantagenwirtschaft unbewohnbar.

Indigene und lokale Gemeinschaften werden gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Seit den ersten Plantagen wurden in Mato Grosso do Sul 539 Indigene ermordet. Papier-Plantagen sind politisch gewollt: Die Landesregierung hat erlassen, dass für neue Plantagen keine Umweltverträglichkeitsprüfungen mehr durchgeführt werden müssen.

Die Arbeiter*innen auf den Papier-Plantagen schufteten unter harten Bedingungen bei unzureichender Bezahlung und ständiger massiver Gesundheitsgefährdung durch schlecht gewartete Maschinen und hoch giftige Pestizide.

Die Hälfte der Cerrado-Savanne wurde bereits vernichtet. 266 Tier- und 637 Pflanzenarten des Cerrado stehen auf

der Roten Liste – unter ihnen Jaguar, Gürteltier, Tapir, Ameisenbär und Mähnenwolf.

Beispiel Soja: Soja ist als Hauptquelle für Tiernahrung in der hiesigen Massentierhaltung direkt mit dem hohen Fleischkonsum verbunden. Naturzerstörung für Sojaanbau und Massentierhaltung gehören zu den größten Quellen von Treibhausgasen. Der weltweite Anbau von Soja wurde innerhalb von 20 Jahren verdoppelt und hat mit fast 400 Millionen Tonnen jährlich eine schwindelerregende Höhe erreicht.

Unter den Soja-Anbauländern nimmt Brasilien mit 140 Millionen Tonnen und einer Anbaufläche von rund 40 Millionen Hektar eine traurige Spitzenposition ein, da für dieses Soja wertvolle Ökosysteme mitsamt ihrer Bewohner*innen geopfert werden. Der Sojaanbau ist wegen der gemeinsam genutzten Infrastruktur oft direkt gekoppelt mit der Anlage von Papier-Plantagen. So arbeiten Papier-, Soja- und Fleischindustrie in Brasilien Hand in Hand bei der Vernichtung der Lebensgrundlagen.

Beispiel Palmöl: Seit den 1960er Jahren stieg die weltweite Palmöl-Produktion um das 46-fache. Hauptgründe: Die Industrialisierung der Massenproduktion von Fertignahrungsmitteln und Reinigungsmitteln sowie die Diversifizierung von Kraftstoffen. Gründe sind aber auch, dass sich unsere Konsumgewohnheiten bei Lebensmitteln, Hygieneprodukten und individueller Mobilität verändert haben. Dazu trägt auch ein falscher Glaube an die Umweltfreundlichkeit von nachwachsenden Rohstoffen und die damit einhergehende verfehlte Förderung von Palmöl bei.

Inzwischen wandern ungefähr zwei Drittel des in der EU importierten Palmöls in die Produktion von Diesel. Und dies, obwohl Umweltstudien für Palmöl-Diesel eine bis zu 700 Prozent höhere Klimaschädlichkeit im Vergleich zu Mineralöl-Diesel ausweisen. Für die Ölpalm-Plantagen werden riesige Waldflächen gefällt und/oder verbrannt. Trinkwasser wird durch Agrarchemikalien vergiftet, Gewässer und Grundwasservorräte trocknen aus, lokale und indigene Gemeinschaften werden vertrieben.



Foto: iStock/Askin TutlayOven

Hier besteht dringender Handlungsbedarf: Menschen in Deutschland gehören mit einem Verbrauch von rund 230 Kilogramm pro Person und Jahr zu den vier größten Papierverschwender*innen der Welt

Die Probleme können nur gesamtgesellschaftlich gelöst werden

Eine politische Regulierung neokolonialer Profitmechanismen ist nicht in Sicht. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Arbeit und Wohlstand neu zu bewerten. Welche Lebensqualität wünschen wir uns? Ist es wirklich die Erfüllung unserer Konsumwünsche, die uns befriedigt? Oder sind es vielmehr Werte wie Entspannung, Natur, Balance von Aktivität und Müßiggang, Begegnungen mit Gleichgesinnten, mit denen sich unentgeltlich Waren und Dienstleistungen tauschen lassen?

Immerhin sind 47 Prozent der Menschen in Deutschland der Meinung, dass der Kapitalismus eher schadet als hilft. Schon in den 1980er Jahren wurden die so genannten „vier E's“ für ein erfüllteres, sozial und ökologisch verträglicheres Leben propagiert: Entschleunigung, Entflechtung, Entrümpelung und Entkommerzialisierung.

Die Organisation attac fordert: „...dass dem Gemeinwohl konsequent Vorrang vor dem Profitstreben gegeben werden muss.“

Die planetaren Grenzen geben uns den Rahmen vor, innerhalb dessen wir uns bewegen können. Am Beispiel von **Papier** lässt sich zeigen, wie sich umweltfreundliche Rohstoffe (Altpapier) mit einer zukunftsgerechten Konsummenge kombinieren lassen. Letztere erfordert ein Einkaufen nicht oder wenig verpackter (Frisch-)Waren, eine massive Verringerung von Internet-Bestellungen, einen bedarfsgerechten Kauf von Zeitschriften und Büchern, das Vermeiden von Werbesendungen und Katalogen, die Verwendung von Mehrweg-Verpackungen, ein papiersparendes Drucken sowie nachhaltige Alternativen zu Hygienepapier (z.B. Lappen statt Papiertuch). Unvermeidliche Papier-Produkte sollten aus Recyclingpapier mit dem Umweltzeichen Blauer Engel bestehen, womit

man Treibhausgase, Strom, Wasser und giftige Chemikalien einspart.

Die Menge an angebautem **Soja** lässt sich am effektivsten durch einen eingeschränkten Fleischkonsum begrenzen. Dies bringt zusätzliche klimaschonende Effekte mit sich.

Bei **Palmöl** und seinen Derivaten ist das Flankieren von Kaufentscheidungen mit konkreten politischen und juristischen Schritten nötig. Das Lieferkettengesetz muss so angepasst werden, dass die Ausgangsstoffe von Derivaten (z.B. Glycerin oder Stearat) erwiesenermaßen aus ökologischen und fair gehandelten Quellen stammen.

Die christliche Initiative Romero fordert die Bundesregierung dazu auf, bis 2050 siebzig Prozent weniger Rohstoffe zu verwenden, um der irdischen Zukunft eine Chance zu geben.

*Christian Offer, Ökologe, ecodevelop:
Aktion für ökologische Entwicklung
ecodevelop@christian-offer.de*

 **anzeige**



INFORMIERT. DECKT AUF. MACHT MUT. BEWEGT.

STICHWORT

BAYER

DAS KONZERNKRITISCHE MAGAZIN

WWW.STICHWORT-BAYER.DE/ABO

Fax 0211 – 26 11 220 // Fon 0211 - 33 39 11 // info@stichwort-bayer.de // www.stichwort-bayer.de

Foto: Foodwatch

Die Eiche - Mein Zuhause

Es war einmal eine alte Eiche... Die Jahreszeiten ändern sich, aber die Bewohner*innen bleiben die gleichen: das Eichhörnchen, die Rüsselkäfer, die Eichelhäher, die Ameisen und viele andere Lebewesen. Sie alle finden Zuflucht, Unterschlupf und ein Zuhause in diesem majestätischen Baum. Es gibt tierische Konzerte, dramatische Naturkatastrophen und action-geladene Verfolgungsjagen. Die Zuschauer*innen begegnen wunderschöner Natur hautnah in selten gesehene Nahaufnahmen. Vor allem die Vögel werden in ihrem Lebensraum aus einem beeindruckenden Blickwinkel gezeigt.

Die preisgekrönten Regisseure Laurent Charbonnier (Nomaden der Lüfte, Unsere Ozeane) und Michel Seydoux (Cyrano von Bergerac, Birnenkuchen mit Lavendel) produzierten einen Naturfilm, der die Großartigkeit einer Eiche feiert. Der Film ist für die große Kino-Leinwand gemacht, um in die Natur und eine musikalische Symphonie einzutauchen. Er kommt ganz ohne gesprochene Kommentare aus. Zu hören sind die Geräusche, Rufe und markanten Töne der tierischen Hauptdarsteller*innen, orchestriert in einer Komposition von Cyrille Aufort. Die Musik und die Bilder nehmen das Publikum voll und ganz mit in das Leben der Eiche und ihrer Bewohner*innen. Absolut sehenswert und hörensenswert!

Christiane Weitzel, Hamburg



DIE EICHE - MEIN ZUHAUSE
 Regie : Laurent Charbonnier und Michel Seydoux
 Musik: Cyrille Aufort
 Frankreich 2022, Länge: 80 Minuten
 X-Verleih, ab 7. März 2023 im Kino



Freikartenaktion! Wer sich schnell unter dem Kennwort „DIE EICHE“ per Mail bei der Magazinredaktion meldet, kann dreimal zwei Freikarten bekommen. Viel Spaß beim Filmschauen!
magazin@robinwood.de



Eine zweihundertjährige Eiche ist der Ort, an dem sich die eindrucklichen Geschichten der tierischen Hauptdarsteller*innen des Filmes abspielen. Weit oben warnt der Eichelhäher alle anderen Tiere vor drohenden Gefahren. Im Untergeschoss wird der Keller der Feldmäuse beinahe vom Hagelregen eines heftigen Sommergewitters geflutet ...



Foto: iStock/ArtistGNDphotography

Um den Mangel an qualifiziertem Personal für die Energiewende zu beheben, braucht es dringend eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive

Auf dem Weg ins Solarzeitalter

Die Bundesregierung hat die Förderung für Photovoltaik-Anlagen erhöht und einige bürokratische Hürden abgebaut. Immer mehr Anlagen werden gebaut. Aber reicht das, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen? Was kann noch getan werden, um den Ausbau weiter zu beschleunigen? Ein Überblick zur aktuellen Lage der Photovoltaik in Deutschland.

Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, bis zum Jahr 2030 den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf ca. 80 Prozent zu erhöhen. Um das zu erreichen, sollen Photovoltaik und Windenergie deutlich schneller ausgebaut werden.

Konkret möchte die Bundesregierung bei der Photovoltaik einen Zubau von sieben Gigawatt (GW) 2022, neun GW 2023, 13 GW 2024 und 18 GW 2025 erreichen. Ab 2026 soll dann ein jährlicher Zubau von 22 GW erzielt werden. So soll die installierte PV-Leistung von ca. 60 GW Ende 2021 auf 215 GW 2030 steigen und die Photovoltaik einen Anteil von 30 Prozent am Strommix erreichen. Gegenüber dem bisherigen Niveau

(2020 und 2021 jeweils ca. fünf GW) soll der PV-Zubau also bis 2026 mehr als vervierfacht werden. Auch die Windenergie soll schneller ausgebaut werden. Hier hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, bis 2030 115 GW an Land und 30 GW auf See zu installieren. Die Regierung behauptet, diese Ziele seien konsequent auf das Erreichen des 1,5 Grad-Pfades nach dem Pariser Klimaabkommen ausgerichtet. Zu einem anderen Ergebnis kommt eine Studie der HTW Berlin unter dem Titel „Solarstromausbau für den Klimaschutz“. Demnach ist ein deutlich höherer Ausbau von Wind- und Solarenergie erforderlich, damit Deutschland seinen Anteil zu einer Begrenzung der Erderwärmung auf 1,7 Grad erbringt (siehe Grafik rechts).

Einspeisevergütung steigt

Die Bundesregierung hat im neuen Erneuerbaren-Energien-Gesetz festgelegt, dass der Ausbau von Erneuerbaren Energien von „überragendem öffentlichen Interesse“ und wichtig für die „öffentliche Sicherheit“ ist. Diese erst einmal markigen Worte sind aber

auch praktisch von großem Nutzen. So werden die Erneuerbaren Energien damit im Vergleich zu anderen Interessen höher gewichtet. Und es ist so eine deutliche Erleichterung von Gerichtsverfahren im Planungsprozess zu erwarten.

Als erste konkrete Maßnahme wird die Einspeisevergütung für PV-Strom deutlich angehoben. Außerdem wird eine höhere Vergütung bei Volleinspeisung eingeführt, so dass PV-Anlagen auch auf Gebäuden errichtet werden können, in denen nicht nennenswert Strom verbraucht wird.

Für PV-Anlagen werden weitere Flächen zur Verfügung gestellt. So ist es zukünftig möglich, auf dem gleichen Dach eine Anlage zur Eigenversorgung und eine zweite Anlage zur Volleinspeisung zu errichten. Hausbesitzer*innen, deren Dach nicht geeignet ist, können Anlagen bis zu einer Größe von 20 kWp auch im Garten errichten. Die Flächen zur Errichtung von Freilandanlagen neben Autobahnen und Schienenwegen werden von bisher 200 Meter auf 500 Meter erweitert.

Eine besonders wichtige Maßnahme: Die Bundesregierung hat in vielen Be-

reichen Bürokratie abgebaut, um den Ausbau von PV-Anlagen zu beschleunigen. So werden PV-Anlagen bis 30 kWp von der Einkommenssteuer und der Mehrwertsteuer befreit. Durch den Wegfall der EEG-Umlage entfällt auch die Umlage auf den selbstgenutzten Strom: die viel kritisierte Sonnensteuer. Auch der Netzanschluss von PV-Anlagen soll vereinfacht werden. Zudem können Bürgerenergiegesellschaften ihre Wind- und Solarprojekte ohne Teilnahme an den komplizierten Ausschreibungsverfahren realisieren.

Erste Erfolge

Im Jahr 2022 sind nach Zahlen der Bundesnetzagentur bis Ende Oktober PV-Anlagen mit rund 6,1 GW errichtet worden. Die von der Bundesregierung angestrebten sieben GW dürften im Jahr 2022 also erreicht werden. Für das Jahr 2023 rechnen die Übertragungsnetzbetreiber damit, dass rund 8,5 GW zugebaut werden, die über das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert werden. Da viele PV-Freiflächenanlagen mittlerweile ohne Förderung errichtet werden, dürfte der Gesamtzubau damit bei rund zehn GW liegen und damit sogar höher als von der Bundesregierung angestrebt.

Eine weitere erfreuliche Entwicklung gibt es bei den Kosten der EEG-Förderung. Nachdem die EEG-Umlage Mitte 2022 abgeschafft wurde, sollte die Förderung aus Steuermitteln finanziert werden. Aufgrund der aktuell hohen

Strompreise sind allerdings die Kosten für die Einspeisevergütungen des EEG-Stroms niedriger als die Erlöse, die die Netzbetreiber mit der Vermarktung des Stroms erzielen. Anstatt Steuermittel einzusetzen, entsteht auf dem EEG-Konto ein Überschuss. Für 2023 werden 3,6 Milliarden Euro erwartet. Dieses Geld könnte nun verwendet werden, um den Klimaschutz wirksam voranzubringen.

Wo hakt es noch?

Die Ziele der Bundesregierung für 2022 und 2023 werden also erreicht. Das sind gute Nachrichten, aber kein Grund zum Ausruhen. Denn in den Folgejahren sind deutlich größere Steigerungen im PV-Zubau geplant, die aber deutlich schwieriger zu erreichen sein werden. Außerdem sind die Ziele für das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels sowieso zu wenig ambitioniert. Was muss also getan werden, um den PV-Zubau weiter zu beschleunigen? Aus meiner Sicht sind zwei Punkte besonders wichtig:

1. Es fehlt an Personal: Wer heute eine PV-Anlage bestellt, kann froh sein, wenn sie bis Ende 2023 geliefert wird. Den Installationsfirmen fehlt das Personal, um die vielen Anfragen zu bedienen. Wenn das schon beim jetzigen Ausbau von sieben GW der Fall ist, wie soll dann 2026 das Dreifache gebaut werden? Um diesen Mangel zu beheben braucht es dringend eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für die Energiewende.

2. Bürokratieabbau: Zwar hat die Bundesregierung schon erste wichtige Schritte unternommen, dennoch ist Bürokratie nach wie vor ein großer Bremsklotz für den Ausbau der Erneuerbaren. Von A wie Ausschreibung über B wie Balkonkraftwerk und M wie Mieterstrom bis Z wie Zertifikate gibt es sehr viel Spielraum für Vereinfachungen. Und je weniger die Fachkräfte mit Bürokratie beschäftigt sind, desto mehr können sie sich darum kümmern Solaranlagen zu bauen.

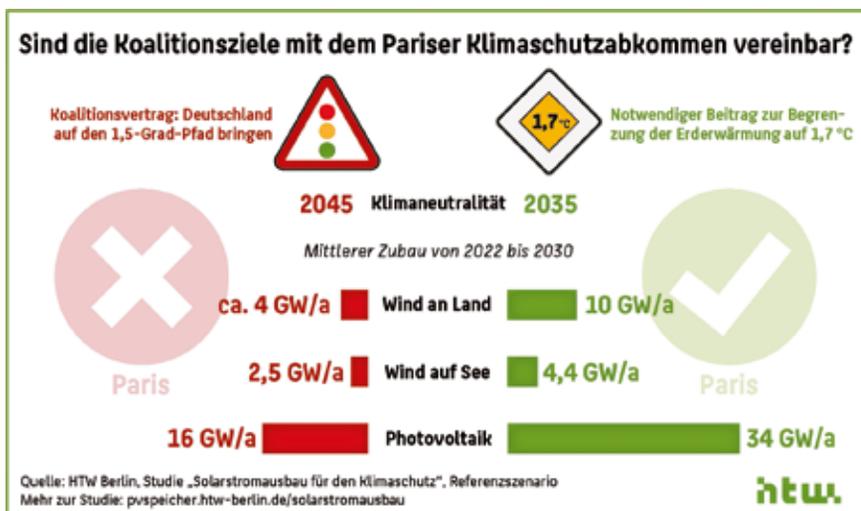
Selbst aktiv werden

Damit kannst du den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen unterstützen:

- **Errichte eine eigene PV-Anlage:** Dazu braucht man nicht zwingend ein eigenes Dach, kleine Anlagen können auch auf dem Balkon angebracht und einfach in die Steckdose gesteckt werden, Stichwort Balkonkraftwerke.
- **Überzeuge deine Nachbarschaft von PV:** Der Solarenergieförderverein hat eine Initiative gestartet, um PV in den Nachbarschaften bekannter zu machen. Gastgeber*innen veranstalten eine Solarparty, Solar-Botschafter*innen bringen das Fachwissen in die Nachbarschaft. Weitere Informationen dazu unter packsdrauf.de.
- **Baue selbst PV-Anlagen:** Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, bilden sich an vielen Orten Solar-Selbstbau-Gemeinschaften/Genossenschaften. Die Idee: gemeinsam Solaranlagen selbst errichten und so das Handwerk entlasten.
- **Investiere Geld in Erneuerbare Energien**

Wer weitere Informationen rund um die Photovoltaik benötigt, kann mich gerne ansprechen. Auch der Solarenergieförderverein hilft gerne kompetent weiter: siehe unter sfv.de.

Florian Kubitz, Hamburg, florian@outra.net



FÜR IHREN BESONDEREN TAG

IHRE GESCHENKSPENDE
FÜR ROBIN WOOD,
WEIL IHNEN DIE WÄLDER
AM HERZEN LIEGEN



ROBIN WOOD

Spenden statt Geschenke

Ihr runder Geburtstag steht in diesem Jahr an? Ein Jubiläum? Der verdiente Eintritt in die Rentenzeit? Wir hoffen, dass es auch in diesem Jahr gute Gründe zum Feiern gibt!

Wer in nächster Zeit einen besonderen Tag vor sich hat, kann sich ab sofort eine Spende für die wilden Wälder wünschen. Starten Sie ihre Spendenaktion und setzen Sie ein Zeichen für Klimagerechtigkeit und den weltweiten Erhalt der Wälder. Damit inspirieren Sie nicht nur Ihre Gäste, Sie machen es Ihren Lieben auch leicht, Ihnen eine Freude zu bereiten.

Es ist sehr unkompliziert an der Aktion „Spenden statt Geschenke“ teilzunehmen. Lassen Sie sich gerne kurz telefonisch von Andrea Zander (040-380 892-13) beraten und weisen Sie Ihre Gäste schon in der Einladung auf Ihre Aktion hin.

Unter einem vereinbarten Stichwort können Ihre Lieben auf unser Spendenkonto einen Betrag überweisen. Alternativ stellen wir Ihnen eine Spendenbox zur Verfügung und Sie können nach der Feier den Gesamtbetrag auf unser Konto überweisen.

Nach ungefähr drei Wochen erhalten Ihre Gäste auf Wunsch eine Spendenbescheinigung und ein Dankschreiben, sofern uns Name und Adresse der spendenden Person bekannt sind.



Wir helfen Ihnen gerne bei der Umsetzung. Wenden Sie sich bitte an unsere Fundraiserin Andrea Zander oder bestellen Sie unseren Infolyer unter Tel.: 040 380892-13 oder andrea.zander@robinwood.de

impressum

Nummer 156/1.23

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie

ISSN: 1437-7543

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Jana Ballenthien, Sabine Genz, Moritz Heck, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Die Redaktion ist für Layout, Satz, Fotos, Anzeigen verantwortlich.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle

Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand.
Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Förder*innen, die ab 50 Euro jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bayreuth
Bogenoffsetdruck, Auflage: 7.000.
Gedruckt mit mineralölfreien Farben auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

Titelbild:

Grafik: iStock/wildpixel

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.
Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



info@robinwood.de
www.robinwood.de



Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

Beim FDP-Dreikönigstreffen in Stuttgart forderten ROBIN WOOD-Aktive ein solidarisches Klima statt sozialer Kälte

Für ein solidarisches Klima!

Mit großen silbernen Würfeln mit der Aufschrift „Tax The Rich!“, „Die Reichen besteuern!“, protestierten ROBIN WOOD-Aktivist*innen am 6. Januar 2023 in Sichtweite des Stuttgarter Opernhouses. Dort veranstaltete die FDP ihr traditionelles Dreikönigstreffen. Weitere Aktivist*innen forderten direkt vor dem Opernhaus mit einem Banner „Keine Bühne für Klimaschutz-Blockierer!“. Die Aktion richtete sich gegen den Totalausfall der FDP beim Klimaschutz und deren Klientelpolitik für Reiche.

Ich möchte andere informieren!

Bestellungen gerne auch via
E-Mail: info@robinwood.de
oder Telefon: 040 3808920

Bitte senden Sie mir zum Weitergeben:

___ Exemplare dieses Magazins

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Bremer Str. 3

21073 Hamburg

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Datum, Unterschrift

KEINE BÜHNE
FÜR KLIMASCHUTZ-BLOCKIERER

Für ein
solidarisches Klima
statt FDP-Klientelpolitik

www.robinwood.de